Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5872

10. 11. 76

Sachgebiet 7

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für einen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft

Inhalt

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 5307 Wachtberg-Villip
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon 0 22 21 / 36 35 51

Vorschlag einer Entscheidung zur Verabschiedung des Jahresberichtes über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der wirtschaftspolitischen Leitlinien für 1977

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Entscheidung 74/120/EWG des Rates vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft [1]), geändert durch die Entscheidung 75/787/EWG vom 18. Dezember 1975 [2]),

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Der Rat hat am 26. Juli 1976 die Entscheidung 76/646/EWG [3]) angenommen und damit der Analyse der Wirtschaftslage zugestimmt, die in der Mitteilung der Kommission vom 23. Juni 1976 enthalten war, die insbesondere der Vorbereitung der Staatshaushalte für 1977 diente; die Mitgliedstaaten verfolgen gemäß dieser Entscheidung eine Politik, die mit den Leitlinien zur Vorbereitung der Staatshaushalte für 1977, die im Anhang der erwähnten Entscheidung niedergelegt sind, übereinstimmt.

Die Dreierkonferenz vom 24. Juni 1976 in Luxemburg hat eine gründliche Diskussion über die Fragen der Beschäftigung und der Stabilität in der Gemeinschaft geführt, deren Schlußfolgerungen Gegenstand einer gemeinsamen Erklärung waren [4]) —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Rat verabschiedet den in den Anhängen I, II und III enthaltenen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft und legt die in den Anhängen IV und V enthaltenen Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im Jahre 1977 fest.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

[1]) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 63 vom 5. März 1974, S. 16

[2]) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 330 vom 24. Dezember 1975, S. 52

[3]) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 229 vom 20. August 1976, S. 1

[4]) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 173 vom 28. Juli 1976, S. 1

Gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1957 zugeleitet mit Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 9. November 1976 – 14 – 680 70 – E – Wi 14/76:

Dieser Vorschlag ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Oktober 1976 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem genannten Kommissionsvorschlag ist vorgesehen.

Mit der alsbaldigen Beschlußfassung durch den Rat ist zu rechnen.

Vorbemerkung

Nach Artikel 4 seiner Entscheidung vom 18. Februar 1974 zur Erreichung eines hohen Grades an Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (74/120/EWG), geändert durch seine Entscheidung vom 18. Dezember 1975 (75/787/EWG), verabschiedet der Rat im Laufe des vierten Vierteljahres auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses einen Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft und legt Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im folgenden Jahr fest. Sobald der Jahresbericht vom Rat angenommen ist, geben die Regierungen ihn ihren Parlamenten bekannt, damit er in den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden kann.

Die in diesem Bericht enthaltenen Leitlinien können anläßlich der Prüfungen, die der Rat später vornimmt, gebenenfalls den neuen Erfordernissen der Wirtschaftsentwicklung angepaßt werden.

I. Das Ausmaß des Aufschwungs im Jahr 1976 und die gegenwärtige Wirtschaftslage

Ausgeprägter Aufschwung, aber weiterhin Ungleichgewichte

1.1. Die schärfste Rezession der Nachkriegszeit wurde seit der zweiten Jahreshälfte 1975 von einem Aufschwung abgelöst. Die Anstrengungen, die sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch in Abstimmung mit den anderen Industrienationen unternommen wurden, um die Binnennachfrage anzukurbeln, haben sich verbunden mit spontanen Auftriebskräften, einem zunehmenden Vertrauen der privaten Haushalte und Unternehmen und einer kräftigen Belebung des Welthandels. Die Ausweitung des Handelsaustausches wirkte als Konjunkturverstärker vor allem auch deshalb, weil die Gemeinschaft ebenso Befürchtungen – im allgemeinen nicht zu protektionistischen Maßnahmen oder zu einer „Beggar-thy-neighbour"-Politik Zuflucht nahmen.

Die allgemeine Zunahme der Nachfrage und der Produktion hat jedoch weder die bestehenden Divergenzen in der Preis- und Kostenentwicklung zwischen den Mitgliedsländern ausreichend vermindern, noch in einigen Ländern das neuerliche Auftreten von Zahlungsbilanzungleichgewichten verhindern können. Ermutigend sind allerdings die jüngsten Anzeichen für eine Dämpfung des Lohnkostenauftriebs, sieht man von einigen Ausnahmen ab. Es ist jedoch ungewiß, ob diese Entwicklung anhalten wird. Außerdem ist der Inflationssockel immer noch zu hoch. Die Arbeitsmarktlage verbessert sich nur langsam in wenigen Mitgliedsländern; in vielen Ländern hat sie sich gegenüber dem Vorjahr sogar weiter verschlechtert.

Abschwächung des Expansionstempos

1.2. Die konjunkturelle Wende hat sich in der Gemeinschaft gegen die Mitte des Jahres 1975 vollzogen. Bis zum Frühjahr 1976 hat die Industrieproduktion in fast allen Mitgliedsländern in sehr schnellem Tempo, seitdem aber deutlich schwächer oder gar nicht zugenommen. Die konjunkturelle Pause in der Aufwärtsentwicklung der Industrieproduktion erklärt sich teilweise durch das Nachlassen von Sonderfaktoren wie dem Lagerzyklus und der Automobilnachfrage, aber auch durch eine nur mäßige Zunahme des privaten Verbrauchs und die fortdauernde Schwäche der Anlageinvestitionen.

Sektorelle Entwicklungsunterschiede

Die Erholung der Industrieproduktion verlief je nach Sektor unterschiedlich. Die Produktion der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie der Verbrauchsgüterindustrie hat sich kräftig ausgeweitet; der Investitionsgüterbereich hat nur mäßig expandiert [1]). Insgesamt ist die industrielle Produktion der Gemeinschaft gegenüber der Talsohle in der Rezession um 10 v. H. gestiegen (Stand August 1976); sie liegt jedoch noch um mehr als 4 v. H. unter dem Höchststand von 1974.

Wirtschaftswachstum 1976 5 v. H.

Auf Jahresbasis gerechnet und jeweils gegenüber der Vorperiode nahm das reale Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft im zweiten Halbjahr 1975 um rund 2½ v. H., im ersten Halbjahr 1976 um 6½ v. H. zu und wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte 1976 um rund 4 v. H. wachsen. Für das Jahr 1976 insgesamt könnte die Zuwachsrate etwa 5 v. H. erreichen (1975: — 2½ v. H.).

Die konjunkturelle Verbesserung in der Gemeinschaft verlief von Land zu Land mit unterschiedlicher Intensität und mit einer Phasenverschiebung. Die jährlichen Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr liegen für 1976 zwischen rund 3 v. H. (Luxemburg und Vereinigtes Königreich) und etwa 6 v. H. (Bundesrepublik Deutschland) [2]). Diese Entwicklung hat in regionaler Hinsicht zu einem noch größeren Abstand zwischen den am stärksten prosperierenden und den ärmsten Regionen der Gemeinschaft geführt.

Wenig befriedigende Entwicklung des Arbeitsmarktes

1.3. In mehreren Mitgliedstaaten konnte der Beschäftigungsrückgang dank des Wirtschaftsaufschwungs gestoppt werden. Die Kurzarbeit wurde fast überall größtenteils abgebaut, während sich die effektive Arbeitszeit in einigen Wirtschaftssektoren verlängert hat. Der Abbau der Vollarbeitslosigkeit wurde dagegen dadurch beeinträchtigt, daß bei Auslaufen der Rezession hohe Produktivitätsreserven bestanden und in mehreren Ländern die Erwerbsbevölkerung zunimmt.

[1]) Vgl. Tabelle 2
[2]) Vgl. Tabelle 1

Die saisonbereinigte Zahl der Vollarbeitslosen, die Ende 1975 rund 5 Millionen erreichte – das sind 4,7 v. H. der Erwerbsbevölkerung –, hat sich in der ersten Hälfte des laufenden Jahres etwas verringert; diese Verbesserung ist aber fast ausschließlich auf die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich zurückzuführen. Seit dem Frühjahr hat sich die Vollarbeitslosigkeit dadurch vergrößert, daß zahlreiche erstmals ins Erwerbsleben eintretende Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängten. Die Zahl der Vollarbeitslosen betrug im August (saisonbereinigt) 4,9 Millionen, das sind 4,6 v. H. der verfügbaren Arbeitskräfte[3]). Zu Beginn des Herbstes wird die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen auf über zwei Millionen geschätzt, und ist damit, vor allem im Vereinigten Königreich und Italien, höher als ein Jahr zuvor. In mehreren Mitgliedstaaten hat 1976 auch die Vollarbeitslosigkeit der Frauen stark zugenommen, da mit dem Aufschwung Personen auf den Arbeitsmarkt zurückkehrten, die in der Rezession nicht mehr als Arbeitssuchende auftraten. Die Arbeitslosenquoten sind im allgemeinen in den strukturschwachen Gebieten der Gemeinschaft höher geblieben als in den am stärksten prosperierenden Regionen, obwohl in den letzteren die Arbeitslosigkeit teilweise kräftig gestiegen ist.

Abschwächung des privaten Verbrauchs

1.4 Der private Verbrauch hatte zunächst erheblich zur konjunkturellen Tendenzwende in der Gemeinschaft beigetragen; seit Anfang des Jahres scheint er jedoch langsamer zu wachsen. Er wurde allerdings durch eine rückläufige Sparquote gestützt, die sich in mehreren Ländern inzwischen wieder der längerfristigen Tendenz nähert. Der in den meisten Mitgliedstaaten verlangsamte Anstieg der verfügbaren Realeinkommen dämpfte dagegen die privaten Verbrauchsausgaben. Die langsamere Zunahme der Löhne ist in fast allen Ländern nicht völlig durch die höhere Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ausgeglichen worden. Die Dämpfung ergibt sich aber auch aus einer schwächeren Steigerung der Transfereinkommen. Die realen Bruttoverdienste je Erwerbstätigen werden, auf das gesamte laufende Jahr gesehen, am stärksten in Frankreich zunehmen; in den Niederlanden, in Luxemburg, im Vereinigten Königreich und in Irland werden sie ungefähr gleich bleiben oder gar sinken.

Die privaten Verbrauchsausgaben wurden weiterhin durch Ersatzanschaffungen, vor allem für Automobile, belebt, die während der Krise unterblieben sind. Dieser Faktor hat sich im Laufe des Jahres allerdings abgeschwächt. Der private Verbrauch in der Gemeinschaft wird 1976 wegen des bereits hohen Niveaus zu Jahresanfang wahrscheinlich real um mehr als 3 v. H. zunehmen (1975: knapp über $1^1/_2$ v. H.).

Weiterhin gedrücktes Investitionsklima

1.5. Die Investitionsneigung der Unternehmen ist trotz der stimulierenden Maßnahmen und der allgemeinen Tendenz zur Reduzierung des Lohnanteils am Bruttoinlandsprodukt in den meisten Mitgliedstaaten schwach geblieben. Die Ertragslage verbessert sich in vielen Fällen nur langsam. Die Verbesserung wird teilweise zur Verminderung der kurzfristigen Verschuldung der Unternehmen eingesetzt. Die Produktionskapazitäten sind in den meisten Sektoren nach wie vor nicht voll ausgelastet, und die Ungewißheit über das Geschäftsklima hält an. Für das gesamte Jahr werden die realen Bruttoanlageinvestitionen nur in Dänemark, in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich deutlich steigen; das sind jene Länder, in denen auch die Bauinvestitionen zunehmen. In den meisten anderen Mitgliedstaaten wird das Volumen der Anlageinvestitionen hinter dem Ergebnis des Vorjahres zurückbleiben. Für die Gemeinschaft insgesamt wird dieser Teil der Gesamtnachfrage 1976 leicht zunehmen (um $1^1/_2$ v. H. nach einem Rückgang von $5^1/_2$ v. H. im Jahr 1975).

Seit kurzem Rückgang der Inflationsrate

1.6. Die 1975 aufgetretenen Tendenzen in der Abschwächung der Inflationsrate und zu einer größeren Konvergenz der Entwicklungen innerhalb der Gemeinschaft wurden im letzten Winter abrupt unterbrochen. Die Verteuerung der Agrarprodukte sowie der eingeführten Rohstoffe, die in einigen Fällen durch Währungsabwertungen verstärkt wurde, war für den Preisschub in mehreren

[3]) Vgl. Tabelle 3

Mitgliedstaaten ausschlaggebend und sowohl auf der Produktions- als auch auf der Verbraucherebene zu beobachten. Seit April hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise jedoch durch das Zusammenwirken von tieferreichenden Faktoren – an erster Stelle ist die bisweilen erhebliche Verlangsamung des Lohnkostenanstiegs zu nennen – und von günstigen Saisoneinflüssen in einigen Fällen merklich verlangsamt. Auf Jahresraten umgerechnet ist der Verbraucherpreisanstieg in der Gemeinschaft von April bis August 1976 auf rund 8 v. H. gefallen, während er sich zwischen Dezember 1975 und April 1976 auf etwa 14 v. H. belief. In den restlichen Monaten des Jahres wird sich die günstige Entwicklung des Sommers wegen des Anstiegs der Großhandelspreise vermutlich nicht mehr überall fortsetzen.

Für das gesamte Jahr kann die Verteuerung des privaten Verbrauchs in der Gemeinschaft auf rund 10 v. H. veranschlagt werden, gegenüber 12,2 v. H. im Jahr 1975. Dem voraussichtlichen Anstieg um 5 v. H. in der Bundesrepublik Deutschland steht eine Zunahme um 16 v. H. im Vereinigten Königreich und um ungefähr 17 bis 18 v. H. in Irland und Italien gegenüber. Mit einem Preisauftrieb zwischen 9 und 10 v. H. nehmen die übrigen Mitgliedstaaten eine Mittelposition ein [4]).

Deutliche Erholung der Weltkonjunktur . . .

1.7. In den Vereinigten Staaten war die Expansion in den ersten Monaten des Jahres 1976 unverändert kräftig, und auch in Japan festigte sich die Konjunkturerholung. Der Wirtschaftsaufschwung der meisten europäischen Drittländer folgte dem der großen Volkswirtschaften mit einigen Monaten Verzögerung und wurde von ihren wachsenden Ausfuhren nach der Gemeinschaft stimuliert. Im Frühjahr und Sommer nahm die Produktion fast überall weiter zu; das Expansionstempo fiel jedoch, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Japan, weniger kräftig als zu Jahresanfang aus. Da die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts für die Vereinigten Staaten voraussichtlich 6½ v. H. überschreiten wird [5]), könnte sie für die Gesamtheit der Industrieländer 1976 etwa 5½ v. H. erreichen.

. . . und des Welthandels . . .

1.8. Gleichzeitig mit dem Aufschwung der Produktion hat sich das Einfuhrvolumen der Industrieländer seit Mitte 1975 kräftig ausgeweitet. Die Lagerauffüllung hat zu einer steigenden Nachfrage nach Rohstoffen geführt. Die Erdöleinfuhren nahmen, vor allem in den Vereinigten Staaten, wieder zu. Als Folge stieg der Leistungsbilanzüberschuß der OPEC-Länder wieder an; deren eigene Einfuhrzuwächse haben sich seit Mitte 1975 deutlich verringert. Auch die nichtölexportierenden Entwicklungsländer profitieren von der Belebung der Auslandsnachfrage und der Verteuerung der Rohstoffe; trotz dieser Verbesserung weist ihre Leistungsbilanz jedoch noch immer ein beträchtliches Defizit auf und begrenzt die Expansion ihrer Einfuhren. Der Importanstieg der Staatshandelsländer scheint sich etwas zu verlangsamen. Das Welthandelsvolumen (Einfuhren) dürfte 1976 insgesamt – ohne die Gemeinschaft – um ungefähr 9 v. H. zunehmen (1975: — 2 v. H.).

. . . führt zu einer Ausfuhrsteigerung

1.9. Die Auslandsnachfrage war für die Konjunkturentwicklung der Gemeinschaftsländer sowohl in der Rezessions- als auch in der Aufschwungsphase ausschlaggebend. Schätzungen der Dienststellen der EG-Kommission über den Einfluß der Exporte auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, in der sowohl die Effekte der internen Multiplikatoren als auch die der Multiplikatoren des Welthandels berücksichtigt werden, kommen zu dem Ergebnis, daß der Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft im Jahre 1975 fast zur Hälfte auf die gleichzeitige Abnahme des Handels zwischen den Industrieländern zurückzuführen ist, während fast ein Drittel des für 1976 erwarteten Wirtschaftswachstums der Steigerung der Ausfuhren zuzuschreiben ist. In beiden Jahren war der Einfluß des innergemeinschaftlichen Handels in jedem Mitgliedsland etwas stärker als der Einfluß der Nachfrage aus den übrigen OECD-Ländern.

---

[4]) Vgl. Tabelle 4

[5]) Vgl. Tabelle 7

Verschlechterung der Zahlungsbilanz aller Defizitländer

1.10. Das Handelsbilanzdefizit der Gemeinschaft hat sich im ersten Halbjahr 1976 weiter vergrößert[6]; dieser Anstieg hat sich jedoch verlangsamt, da der anfängliche Einfuhrsog und die Verschlechterung der Austauschrelationen nachgelassen haben. Das Leistungsbilanzdefizit der Gemeinschaft könnte 1976, nicht zuletzt als Folge der Trockenheit, etwa 7 Milliarden US-Dollar erreichen (1975: Überschuß von 0,6 Mrd. US-Dollar)[7]. Hinter dieser Gesamtentwicklung verbergen sich erhebliche Unterschiede von einem Land zum anderen. Für die meisten Defizitländer haben sich die Preis- und Kostendivergenzen seit Jahresanfang in Wechselkursverschlechterungen niedergeschlagen, deren perverse und kurzfristige Effekte die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten teilweise noch weiter verschlimmert haben. Die zu erwartende Verschlechterung der Leistungsbilanz der Gemeinschaft zwischen 1975 und 1976 ist vor allem auf die Defizitländer zurückzuführen, deren globaler Negativsaldo sich fast verdoppeln wird.

[6] Vgl. Tabelle 5

[7] Vgl. Tabelle 1

II. Die Wirtschaftspolitik im Jahre 1976

Umorientierung der Konjunkturpolitik . . .

2.1. Die Ausrichtung und Dosierung der Konjunkturpolitik ist im Jahr 1976 schwieriger geworden. Die konjunkturelle Verbesserung hat schwierige Grundprobleme, die eine Lösung verlangen, nur zeitweise verdeckt. Die andauernde Auseinanderentwicklung der Preise, Kosten und Zahlungsbilanzen zwischen den Ländern führte seit Jahresanfang zu immer neuen Spannungen auf den Devisenmärkten. Diese Spannungen haben in mehreren Mitgliedstaaten eine restriktive Umorientierung der Konjunkturpolitik erforderlich gemacht, und zwar trotz der unbefriedigend langsamen Abnahme der Arbeitslosigkeit.

. . . um die Zunahme der Haushaltsdefizite einzudämmen.

2.2 Im August und September 1975 hatten fünf Mitgliedsländer umfangreiche Konjunkturstützungsprogramme beschlossen. Anfang 1976 wurden zunächst in einer Reihe von Ländern noch weitere begrenzte konjunkturstützende Maßnahmen getroffen. Seit März überwiegen jedoch die Beschlüsse zur Eindämmung der öffentlichen Defizite. Insbesondere Irland und Italien haben im Rahmen der Aktion gemeinschaftlicher Solidarität Begrenzungen ihrer Haushaltsdefizite akzeptiert. Ebenso wurden im Vereinigten Königreich Maßnahmen getroffen, die auf eine Verminderung der Ausgaben zielen. Der Konjunkturaufschwung hat dazu beigetragen, daß die Staatsausgaben im laufenden Jahr fast allgemein und in einigen Fällen sogar deutlich langsamer und die Einnahmen rascher gewachsen sind als im Vorjahr. Die Defizite der öffentlichen Haushalte, gemessen als Anteil am Sozialprodukt, werden 1976 in allen Mitgliedsländern außer in den Niederlanden und in Belgien niedriger als im Vorjahr ausfallen. Sie werden jedoch nur in Frankreich, in der Bundesrepublik Deutschland sowie in Dänemark ihre Vorjahreshöhe deutlich unterschreiten [8]).

Vorsichtige Ausrichtung der Geld- und Kreditpolitik

2.3. Der betont expansive Charakter der Geld- und Kreditpolitik war bereits im Herbst 1975, als sich die Anzeichen für einen Aufschwung bestätigten, einer allgemein abwartenden Haltung gewichen. Seit dem Frühjahr 1976 wurden in der Mehrzahl der Mitgliedsländer geldpolitische Korrekturen im dämpfenden Sinne vorgenommen.

Weiterhin kräftiges Liquiditätswachstum

Die Geldmenge hat zu Beginn des Aufschwungs unter dem Einfluß der hohen Defizite der Staatshaushalte rasch expansiert. Trotz der Mäßigung des öffentlichen Finanzbedarfs hat sich das Geldmengenwachstum während des Jahres 1976 nur in wenigen Ländern verlangsamt. Die private Kreditnachfrage hat sich bisher hauptsächlich in der Bundesrepublik Deutschland sowie in jüngster Zeit im Vereinigten Königreich deutlich belebt.

Wiederanstieg der Zinssätze

In den letzten Monaten des Jahres 1975 war der seit rund einem Jahr währende Abbau der kurzfristigen Zinssätze in der Gemeinschaft im allgemeinen zum Stillstand gekommen. Die Währungsunruhen vom Frühjahr 1976 haben zu einer Wende geführt. In Italien, im Vereinigten Königreich und in Dänemark haben die kurzfristigen Zinssätze zu Herbstanfang Rekordhöhen erreicht. Auch die Kapitalmarktzinsen sind seit dem Frühjahr in mehreren Ländern gestiegen.

Spannungen auf den Devisenmärkten

2.4. Die relative Stabilität der Wechselkurse während der Rezession wurde nach dem Jahresanfang 1976 jäh unterbrochen. Trotz nachfolgender Korrektur der Konjunkturpolitik in den von Abwertungstendenzen betroffenen Ländern blieb die Lage auch im Sommer 1976 labil; lediglich die Lira hat sich als Folge der Beschränkung von Devisenkäufen sowie anderer Maßnahmen, die einen Zinsanstieg verursachten, vorübergehend gefestigt, dann aber wieder verschlechtert. Die Wechselkursverschiebungen gewinnen um so größeres Gewicht, als sie trotz massiver Stützungen der Zentralbanken aufgetreten sind. Das erste Halbjahr 1976 war von einer relativen Wechselkursstabilität zwischen dem US-Dollar und den am gemeinschaftlichen Interventionssystem teilnehmenden Währungen gekennzeichnet. Seitdem hat sich eine Aufwertungstendenz ergeben.

---

[8]) Vgl. Tabelle 6

Streben nach einem sozialen Konsensus zur Bewältigung der Inflation

2.5. Die Bemühungen der Regierungen zur Dämpfung des Einkommens- und Preisanstiegs wurden in einigen Mitgliedstaaten durch die Zusammenarbeit der Sozialpartner unterstützt; in anderen mußten dagegen mehr oder weiger obligatorische Maßnahmen angewendet werden. Nach mehreren Jahren raschen Anstiegs werden die Löhne im Jahre 1976 außer in Frankreich und Italien deutlich schwächer zunehmen.

Aktive Beschäftigungspolitik

2.6. Die meisten Mitgliedsländer haben einen breiten Fächer beschäftigungspolitischer Instrumente eingesetzt, um die verzögerte Wirkung des Aufschwungs auf den Arbeitsmarkt überbrücken zu helfen. Ganz allgemein lag der Schwerpunkt der Anstrengungen jedoch stärker auf der Sicherung der Arbeitsloseneinkommen, der Verhütung von Massenentlassungen sowie der Gewährung selektiver Beschäftigungsbeihilfen und weniger auf der Verbesserung der Ausbildung und der beruflichen Mobilität.

III. Die wirtschaftspolitischen Probleme und die wirtschaftlichen Aussichten für 1977

3.1. Die kräftige Aufwärtsentwicklung in der Anfangsphase des Aufschwungs ist in den letzten Monaten durch eine Beruhigung der konjunkturellen Entwicklung in der Gemeinschaft abgelöst worden, da einige der früheren Antriebskräfte fortgefallen sind.

Diese Beruhigung ist ein positives Zeichen dafür, daß die Gefahr boomartiger Auswüchse auf den Inlands- und Rohstoffmärkten vermieden und damit die Grundlagen für ein Wachstum in Stabilität verbessert wurden. Demgegenüber stehen Risiken und Unsicherheiten der künftigen Entwicklung, die sich zur Zeit nur sehr schwer beurteilen lassen.

3.2. Eine Reihe von Faktoren weisen auf die Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs hin:

— Die jüngsten EG-Verbraucherumfragen haben das zunehmende Vertrauen der privaten Haushalte bestätigt;

— die Verteilungskämpfe haben nachgelassen, die Kooperation mit den Sozialpartnern beginnt erste Früchte zu tragen;

— der Preis- und Lohnkostenauftrieb hat sich in den letzten Monaten – von einigen Ausnahmen abgesehen – abgeschwächt;

— in vielen Industriezweigen haben sich die Produktivitätsgewinne und die Ertragslage verbessert und damit auch die Chancen für ein Anspringen der Investitionsnachfrage;

— die Ausweitung des Welthandels setzt sich fort, die meisten Mitgliedstaaten profitieren z. Z. von der schnellen Zunahme der Welteinfuhr.

3.3. Einiges spricht dafür, daß die konjunkturelle Beruhigung in den letzten Monaten nur vorübergehender Natur ist. Aber erst die Entwicklung im Herbst kann mit größerer Sicherheit Aufschluß über den Fortgang des konjunkturellen Aufschwungs im Jahre 1977 geben. In der Gemeinschaft besteht Übereinstimmung darüber, daß größere Preisstabilität, geringere Defizite der Zahlungsbilanzen und die Verhinderung weiterer Wechselkursverschlechterungen entscheidende Vorbedingungen für ein dauerhaftes und nachhaltiges Wachstum und die stetige Erholung der Beschäftigungslage sind.

Einige Mitgliedsländer haben kürzlich – zum Teil unter dem Druck wachsender Zahlungsbilanzdefizite – Programme zur Bekämpfung der Inflation und des Kostenauftriebs und geldpolitische Restriktionsmaßnahmen beschlossen. Sie könnten dazu führen, daß die Ausweitung der Binnennachfrage und damit der wirtschaftlichen Aktivität eingeschränkt wird. Die Auswirkungen dieser Stabilisierungsprogramme oder noch geplanter Aktionen auf die konjunkturelle Entwicklung des jeweiligen Mitgliedstaates und auf die übrige Gemeinschaft lassen sich zur Zeit noch nicht übersehen. Die Risiken für die Nachhaltigkeit des Aufschwungs liegen vor allem darin, daß die Investitionsnachfrage nur sehr zögernd in Gang kommt. Von der Gefahr neuer Währungsunruhen und Rohstoffpreiserhöhungen gehen Unsicherheiten aus, welche das Vertrauen der Unternehmen und die Expansion des internationalen Handelsaustausches beeinträchtigen könnten.

3.4. Unter den gegenwärtigen Umständen erscheint es möglich, im Durchschnitt der Gemeinschaft eine Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 1977 von rund 4 v. H. zu erreichen, wenn sich die positiven Faktoren allgemein durchsetzen. Der private Verbrauch dürfte sich real weiterhin ausdehnen, da mit steigenden Einkommen und langsamerem Preisanstieg das Vertrauen und die Konsumneigung der privaten Haushalte zunehmen. In den meisten Mitgliedsländern könnten die realen Ausrüstungsinvestitionen wieder allmählich, wenn auch von Land zu Land und von Sektor zu Sektor unterschiedlich, stark ansteigen. Die gewerblichen Bauten und der Wohnungsbau sollten ebenfalls wieder positive Zuwachsraten aufweisen. Der Lageraufbau dürfte vorwiegend nur noch auf der Produktionsstufe expansive Impulse ausstrahlen. Die stärksten Auftriebskräfte werden in den meisten Mitgliedsländern von der Außenwirtschaft erwartet. Die Exportentwicklung nach Drittländern könnte 1977 volumenmäßig ungefähr ebenso schnell wie der innergemeinschaftliche Handel zunehmen, nämlich um rund 9 v. H.

3.5. Der Zuwachs der Produktion in den Industrieländern außerhalb der Gemeinschaft könnte auch im Jahre 1977 noch leicht über dem längerfristigen Durchschnitt liegen. In den Vereinigten Staaten wird erwartet, daß sich die Wirtschaftstätigkeit im nächsten Jahr im gemäßigten Tempo (+ 5½ v. H.) ausweiten wird. Mit einer Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit in Japan sowie in den meisten kleineren Volkswirtschaften, wo der Aufschwung anfangs zaghaft war, wird gerechnet. Insgesamt dürften die Industrieländer außerhalb der Gemeinschaft im Jahre 1977 eine Wachstumsrate ihres realen Bruttoinlandsprodukts von 5 bis 5½ v. H. gegenüber 5½ v. H. im Jahre 1976 erreichen. Außer in den Vereinigten Staaten wird sich der Anstieg der realen Einfuhren in den meisten Industrieländern im nächsten Jahr wahrscheinlich beschleunigen. Die allmähliche Verbesserung der Einkünfte, welche die nicht-Erdöl-exportierenden Entwicklungsländer aus ihren Ausfuhren erreichen werden, dürfte eine Ausweitung ihrer Käufe erlauben. Insgesamt könnte das

Welteinfuhrvolumen (ohne die Einfuhren der EG, aber einschließlich der Einfuhren der Staatshandelsländer) im Jahre 1977 um rund 8 bis 9 v. H. steigen [9]). Im übrigen muß im Jahre 1977 als Folge der Fortsetzung des Aufschwungs der Weltkonjunktur mit einer weiteren Verteuerung der industriellen Rohstoffe gerechnet werden. In fast allen Teilen der Welt, mit Ausnahme der von der Trockenheit betroffenen Länder in Europa, scheinen jedoch die Ernten der wichtigsten Agrarerzeugnisse gut zu sein. Das Ausmaß von Preissteigerungen für Nahrungsmittel innerhalb der Gemeinschaft hängt daher weitgehend von den agrarpolitischen Entscheidungen ab.

3.6. Die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Gemeinschaft um rund 4 v. H. wird 1977 vermutlich nur zu einer schwachen Zunahme der Beschäftigung führen, da in den meisten Mitgliedsländern noch Kapazitätsreserven bestehen und neue Kapazitäten zuwachsen werden. Aller Voraussicht nach könnte die Arbeitslosenquote der Gemeinschaft etwas unter 4 v. H. der Erwerbsbevölkerung sinken; für die meisten Mitgliedsländer bedeutet dies keine ausreichende Verbesserung. Die Zahl der Vollarbeitslosen in der Gemeinschaft würde damit 1977 mindestens noch so hoch wie im Jahre 1975 bleiben.

Die künftige Entwicklung der Inflationsrate wird in der Hauptsache vom Erfolg der Wirtschaftspolitik und vom Verhalten der Sozialpartner abhängen. Ohne energische Anstrengungen der Mitgliedsländer, die zum Teil bereits eingeleitet sind, wäre zu befürchten, daß der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1977 für die Gemeinschaft kaum wesentlich schwächer als im laufenden Jahr ausfällt. Die Auswirkungen der Dürreschäden in der Landwirtschaft, erneute Kursverschlechterungen und Importpreiserhöhungen könnten die gegenwärtige Tendenz sogar noch verstärken.

Die Beibehaltung eines derart hohen Inflationssockels wäre unbefriedigend. Sie würde nicht nur den Konjunkturaufschwung gefährden, sondern auch den gemeinschaftlichen Zusammenhalt in Frage stellen und die Auseinanderentwicklung der Preis- und Kostentrends in der Gemeinschaft zu einer Dauererscheinung werden lassen.

3.7. Die Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs, die Verschlechterung der Terms-of-Trade und die verzögerten Auswirkungen der Dürre von 1976 werden auch für das Jahr 1977 zu einem Defizit der Leistungsbilanz der Gemeinschaft führen, das nur dann kleiner als im Vorjahr sein wird, wenn die Importnachfrage in den Defizitländern tendenziell gedämpft wird und die weltweite Nachfrage nach Exportgütern anhält. Der Leistungsbilanzüberschuß der OPEC-Länder wird 1977 eher ansteigen, das Defizit der nicht-Erdöl-exportierenden Entwicklungs- und der Staatshandelsländer tendenziell abnehmen. Die westlichen Industrieländer müssen deshalb 1977 insgesamt ein größeres Leistungsbilanzdefizit hinnehmen als 1976, wenn es nicht zu einer Stagnation im Welthandel kommen soll, die insbesondere die Gemeinschaft treffen würde. Die Anstrengungen zum Abbau der Zahlungsbilanzdefizite, die die Mehrzahl der Gemeinschaftsländer unternehmen, können daher nur dann Erfolg haben, wenn die übrigen Länder der Gemeinschaft ihre Überschüsse abbauen oder die industriellen Drittländer, vor allem die USA und Japan, Verschlechterungen ihrer Zahlungsbilanz in Kauf nehmen. Gemeinschaftliche Solidarität erfordert es deshalb, den Anpassungsprozeß innerhalb der Gemeinschaft zu erleichtern;

— durch Abstimmung der Globalsteuerung, die den Verbrauch in den Defizitländern tendenziell zurückdrängt und die Importnachfrage in den Überschußländern kräftig ausweitet;

— durch die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln, falls sich der Anpassungsprozeß innerhalb der Gemeinschaft länger hinzieht oder die übrigen Industrieländer nicht zu höheren Defiziten bereit sind.

[9]) Vgl. Tabelle 7

IV. Leitlinien für die Wirtschaftspolitik

A. Allgemeine Leitlinien

4.1. Die Regierungen und die Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen der Mitgliedsländer und die Kommission haben sich Ende Juni 1976 zu einer gemeinsamen Strategie entschlossen, um die folgenden mittelfristigen Ziele zu verfolgen [10]):

- Vollbeschäftigung und Stabilität sollen vorrangig und gleichzeitig wiederhergestellt werden;
- die jährliche Zuwachsrate des realen Sozialprodukts der Gemeinschaft soll im Zeitraum 1976 bis 1980 bei durchschnittlich rund 5 v. H. liegen;
- die Vollbeschäftigung soll bis 1980 wiederhergestellt werden;
- die jährliche Inflationsrate soll in allen Mitgliedstaaten bis spätestens 1980 schrittweise auf 4 bis 5 v. H. herabgesetzt werden.

4.2. Die damit übereinstimmende mittelfristige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik ist Gegenstand des Vierten Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, das dem Rat vor kurzem zugeleitet worden ist. Die Gemeinschaft muß sich für 1977 wirtschaftspolitische Leitlinien setzen, die mit diesen mittelfristigen Zielen vereinbar sind und die Reduzierung der großen Divergenzen in der Preis- und Kostenentwicklung innerhalb der Gemeinschaft anstreben.

4.3. Die Mitgliedstaaten konnten im Jahre 1976 bei der Überwindung der scharfen weltweiten Rezession erste Erfolge verzeichnen. Unbefriedigend blieb, daß sich die Arbeitsmarktlage nur sehr langsam verbessert, die Inflationsrate kaum niedriger ausgefallen ist und die Divergenzen in der Preis- und Kostenentwicklung zwischen den Mitgliedsländern fast unverändert groß sind.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das Jahr 1977, wie sie sich heute abzeichnen, lassen erwarten, daß die Zuwachsrate des realen Sozialprodukts der Gemeinschaft eher unter dem mittelfristigen Wachstumsziel liegen wird.

Die Erfahrungen in der Anfangsphase des Aufschwungs haben in vielen Mitgliedsländern gezeigt, wie hartnäckig sich Inflationserwartungen, Kostenauftrieb und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte fortsetzen und wie rasch sie der Expansion der Gesamtnachfrage Grenzen setzen. Es ist denkbar, daß 1977 in einigen Ländern Konflikte auftreten zwischen dem Ziel, die Inflationsrate und das Zahlungsbilanzdefizit zu verringern und dem Ziel, den Konjunkturaufschwung zu konsolidieren und damit die Beschäftigungslage zu verbessern. Wenn sich die gegenwärtige Abschwächung des Konjunkturaufschwungs mit den Wirkungen der Stabilisierungsprogramme der Mitgliedsländer überlagert, könnte das zu einer sich gegenseitig verstärkenden Einschränkung der Binnennachfrage führen. Ebenso falsch wäre es aber, von einer Stimulierung der Nachfrage und Produktion unter den gegenwärtigen Bedingungen rasche Erfolge bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Gefahren einer Stop-and-Go-Politik und einer Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichte würden von den kurzfristigen Vorteilen einer forcierten Expansion der Nachfrage höchstwahrscheinlich nicht aufgewogen werden. Von einer sich ausbreitenden Stagflation in der Gemeinschaft würden andererseits aber alle Mitgliedsländer betroffen werden, wie das Beispiel der weltweiten Rezession von 1974/1975 zeigt.

Der mögliche Zielkonflikt kann unter den gegebenen Umständen nicht beseitigt, wohl aber entschärft werden:

- Durch eine aufeinander abgestimmte Globalsteuerung innerhalb der Gemeinschaft und auf internationaler Ebene;
- durch eine stärkere Rücksichtnahme der Sozialpartner auf die gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten sowie
- durch eine aktive Beschäftigungspolitik und die Förderung von strukturellen Anpassungsvorgängen.

4.4. Die Aufgabe der Globalsteuerung in der Gemeinschaft liegt für 1977 darin, die Ausweitung der Binnennachfrage in jenen Mitgliedstaaten nicht zu hemmen, wo keine außenwirtschaftlichen Schranken bestehen und die Chancen für einen weiteren Rückgang des Preisanstiegs groß sind. Das würde eine behutsame Verminderung der Haushaltsdefizite in diesen Ländern und auch gezielte Maßnahmen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen erfordern, vor allem wenn im Laufe der nächsten Monate die erwartete merkliche Belebung der Investitionsnachfrage ausbleiben sollte [11]).

In den Mitgliedstaaten mit hohem Inflationssockel, großen Außenhandelsdefiziten und der Gefahr einer Spirale von Wechselkursabschwächungen und Preissteigerungen muß die Wirtschaftspolitik einen restriktiven Kurs für die Konsumnachfrage verfolgen

[10]) Gemeinsame Erklärung zum Abschluß der Dreierkonferenz über die Beschäftigung und die Stabilität in der Gemeinschaft am 24. Juni 1976, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 229, S. 1 vom 20. August 1976.

[11]) An dieser Stelle muß an die Verpflichtung der Mitgliedsländer erinnert werden, fünfjährige Programme für öffentliche Investitionen zu erstellen (vgl. Richtlinie des Rates vom 18. Februar 1974 über die Stabilität, das Wachstum und die Vollbeschäftigung, Artikel 6).

und die Auftriebskräfte der Auslandsnachfrage voll nutzen. Der binnenwirtschaftliche Kurs kann um so weniger restriktiv sein, je kräftiger sich die Auslandsnachfrage entwickelt und je schneller die Dämpfung des Preis- und Kostenauftriebs erfolgt. Es wäre jedoch gefährlich, wenn alle Mitgliedsländer in der Ausweitung ihrer Exporte die hauptsächliche Konjunkturstütze des kommenden Jahres sehen würden.

4.5. In allen Mitgliedstaaten wird der Rückgewinnung der Preisstabilität eine hohe Priorität eingeräumt. Für das Vereinigte Königreich kann erwartet werden, daß die Fortsetzung der augenblicklichen Einkommenspolitik den Preisanstieg noch weiter dämpfen wird, falls keine neuen exogenen Störungen auftreten. In Frankreich dürfte die Verwirklichung des im September beschlossenen Stabilisierungsprogramms zu einer deutlichen Verminderung der Inflationsrate führen. Bei ernsthaften Anstrengungen der Mitgliedsländer könnte der jährliche Anstieg der Verbraucherpreise im Durchschnitt der Gemeinschaft im Jahre 1977 durchaus auf 7 bis 8 v. H. herabgesetzt und die Inflationsspanne zwischen den Mitgliedsländern merklich vermindert werden. Tatsächlich dürfte jedoch die Verringerung des Preisanstiegs kleiner ausfallen, weil in einigen Mitgliedsländern die indirekten Steuern und öffentlichen Tarife erhöht werden müssen.

4.6. Bei der Verminderung der Inflationserwartungen und des Preis- und Kostenauftriebs fällt der Geld- und Kreditpolitik eine Schlüsselrolle zu. Die Geldmenge expandiert in fast allen Mitgliedstaaten immer noch erheblich schneller als mit dem Ziel, die Preissteigerungsrate bis spätestens 1980 auf eine Jahresrate von 4 bis 5 v. H. herabzudrücken, vereinbar wäre. Von der vorherigen Ankündigung von geldpolitischen Normen der Mitgliedsländer könnten stabilisierende Signalwirkungen auf die Produktions-, Investitions- und Sparentscheidungen der Unternehmen und Haushalte und das Verhalten der Sozialpartner ausgehen. Für die Ausweitung der Geldmenge oder der Kredite in jedem Mitgliedstaat im Jahre 1977 sollten – neben den erwarteten Veränderungen in der Geldumlaufgeschwindigkeit – die folgenden Kriterien zugrunde gelegt werden:

— Eine reale Wachstumsrate, die mit den mittelfristigen Zielsetzungen vereinbar ist und einen fühlbaren Anstieg der Kapazitätsauslastung zuläßt und

— eine Preissteigerungsrate, die mit dem Ziel, den Preisanstieg schrittweise bis spätestens 1980 auf eine Jahresrate von 4 bis 5 v. H. zu begrenzen, vereinbar ist.

Da die Ausgangslage unterschiedlich ist, werden diese quantitativen Orientierungsdaten notwendigerweise verschieden sein und entsprechend den unterschiedlichen geldpolitischen Instrumenten der Mitgliedsländer definiert werden müssen (Zentralbankgeld, M_2 bzw. M_3 oder Gesamtkredite). Falls notwendig, sollten sie bei der ersten Überprüfung der wirtschaftlichen Lage im März angepaßt werden. Regierungen und Zentralbank müssen sich gemeinsam verpflichten, die Geldmengen- oder Kreditziele bei der Ausrichtung ihrer Budget- und Geldpolitik möglichst streng einzuhalten. Die schrittweise und stetige Annäherung der geldpolitischen Orientierungsdaten der Mitgliedsländer könnte einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Wechselkurserwartungen und -relationen leisten.

4.7. Ein notwendiges Instrument der Inflationsbekämpfung ist die Wettbewerbspolitik. Der Kommissionsvorschlag für eine umfassendere Fusionskontrolle marktbeherrschender Unternehmen auf Gemeinschaftsebene [12]) sollte beschleunigt beraten und verabschiedet werden. Die Märkte und Preise müssen transparenter gemacht werden, damit insbesondere die Verbraucheraufklärung verbessert wird.

4.8. Zum Abbau der in einigen Mitgliedstaaten hohen Haushaltsdefizite ist es notwendig und in einigen Mitgliedsländern auch schon vorgesehen, die Steuern zu erhöhen und hier und da auch beträchtliche Anpassungen der öffentlichen Tarife an die inzwischen eingetretene allgemeine Kostensteigerung vorzunehmen. Der davon ausgehende Preiseffekt sollte zumindest für die höheren indirekten Steuern nicht in entsprechenden Lohnerhöhungen weitergewälzt werden. Das erfordert in einigen Ländern eine Anpassung der Indexierungssysteme.

4.9. Das zentrale Problem für die Konsolidierung der Binnennachfrage im Jahre 1977 und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ist für alle Mitgliedsländer die Belebung der Investitionen. Die Möglichkeiten und Wirkungen staatlicher Anreize sind begrenzt. Eine kräftige Ausweitung der Anlageinvestitionen wird erst dann in Gang kommen, wenn sich die Gewinn- und Absatzlage und die Erwartungen ausreichend verbessert haben. Die Haltung der Sozialpartner bei den künftigen Lohnabschlüssen wird das Investitionsklima entscheidend beeinflussen. Der Handlungsspielraum der Globalsteuerung wird insgesamt um so größer sein, je größer die Rücksichtnahme der Sozialpartner auf die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse ist. Die Lohnabschlüsse sollten sich an den angestrebten Preissteigerungsraten und nicht an den vergangenen ausrichten. Bei Überschreiten der wünschenswerten Entwicklung sollten nachträgliche Korrekturen der Lohnvereinbarungen vorgenommen werden. Die Einkommenspolitik müßte Maßnahmen der Vermögenspolitik einbeziehen.

---

[12]) Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, COM (73) 1210 endg. vom 18. Juli 1973

4.10. Mit wachsender Kapazitätsauslastung wird die Beschäftigung tendenziell zunehmen. Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage im weiteren Konjunkturverlauf wird jedoch durch mehrere Faktoren erschwert. In allen Mitgliedsländern nimmt die Erwerbsbevölkerung aus demographischen Gründen stärker als in der Vergangenheit zu. Außerdem werden Neueinstellungen in derjetzigen Aufschwungsphase durch die Unsicherheit über die Zukunftsaussichten und durch die nachteiligen Effekte von Maßnahmen behindert, die Entlassungen erschweren sollen. Da eine Stimulierung der Wirtschaft mit globalen haushaltspolitischen Mitteln zu große Infaltionsrisiken enthält, muß die Verbesserung der Beschäftigungslage vorwiegend durch eine Umstrukturierung der Staatsausgaben zugunsten von solchen Ausgaben angestrebt werden, welche arbeitsschaffende Investitionen direkt oder indirekt und nach Möglichkeit in selektiver Weise anregen. Die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze könnte vorübergehend durch Beschäftigungsprämien gefördert und regional ausgerichtet werden. Aber es wäre kurzsichtig, sich gegen die notwendigen Anpassungen mit Erhaltungssubventionen oder Protektionismus zu wehren. In allen Mitgliedstaaten muß das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik (Umschulungs-, Ausbildungs-, Mobilitätshilfen etc.) ausgebaut werden, um den strukturellen Anteil der Arbeitslosigkeit schrittweise abzubauen und die Anpassung bestimmter Alters- und Berufsgruppen an die veränderten Bedingungen zu erleichtern.

4.11. Zur gleichzeitigen Bekämpfung der Inflation und Arbeitslosigkeit und zur Bewältigung der zahlreichen strukturellen Anpassungen reichen die Instrumente der Globalsteuerung allein nicht mehr aus. Der Bedarf an strukturellen Anpassungen ist in den letzten Jahren immer größer geworden. In den Defizitländern muß die Umschichtung der Ressourcen zugunsten der Exporte intensiviert werden. In fast allen Ländern der Gemeinschaft muß der längerfristige Trend einer sinkenden Investitionsquote im Unternehmensbereich auf Kosten des Konsums umgekehrt und die teilweise als Folge der Rezession stark gestiegene Lohn- und Staatsquote zurückgedrängt werden. Der Strukturwandel wird sich sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch im Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und den Rohstoff- und Entwicklungsländern vollziehen. Die Bewältung der Energie- und Umweltprobleme, die massive Änderung der Preis- und Wechselkursrelationen und der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen ungewöhnlich große Anforderungen an die sektorale und regionale Mobilität der Produktionsfaktoren. Den Übergang zu strukturstarken Sektoren zu fördern muß Aufgabe der Strukturpolitik, ihn auf gemeinschaftlicher Ebene zu erleichtern und zu koordinieren muß Aufgabe der Gemeinschaftsinstanzen sein. Das Vierte Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft muß der Bezugsrahmen für die Durchführung struktureller und sozialer Reformen in den Mitgliedsländern sein.

4.12. Da sich der Aufschwung noch nicht gefestigt hat und die Haushaltsdefizite abgebaut werden müssen, ist es von größter Bedeutung, daß sowohl die nationalen als auch die gemeinschaftlichen Ausgaben zur Regionalförderung gezielt eingesetzt werden, um solche Investitionen zu fördern, die unter geographischen Gesichtspunkten am besten geeignet sind, die Probleme der sturkturellen Arbeitslosigkeit zu lösen. Die Regionalpolitik der Gemeinschaft sollte sowohl finanziell als auch organisatorisch verstärkt werden, damit der Zusammenhalt der Gemeinschaft gewahrt bleibt und auf dem Weg der Integration trotz schwacher Investitionsneigung fortgeschritten wird. Die finanziellen Mittel sollten von den Mitgliedstaaten unter stärkerer Berücksichtigung des voraussichtlichen Effekts für die regionale Entwicklung eingesetzt werden, wobei eine bessere Wirksamkeit auf Gemeinschaftsebene anzustreben ist.

B. Leitlinien für die Mitgliedstaaten

In **Dänemark** haben die Verschlechterung der laufenden Zahlungsbilanz, deren Defizit im ersten Halbjahr 6 Milliarden Kronen erreichte, sowie die bevorstehende Erneuerung der Lohnabkommen die Behörden veranlaßt, den restriktiven Kurs der Wirtschaftspolitik zu verstärken und insbesondere eine strenge Einkommenspolitik aufrechtzuerhalten. Die im August getroffenen Maßnahmen bezwecken im wesentlichen eine Einschränkung des Anstiegs der Nominaleinkommen und Kosten für die nächsten zwei Jahre und eine einschneidende Dämpfung der Zunahme der Verbrauchernachfrage. Diese Maßnahmen lassen eine Verlangsamung der Einfuhren und eine Ausweitung der Ausfuhren erwarten. Das Ausfuhrwachstum, das auch von der Weltnachfrage abhängt, könnte jedoch nicht ausreichend sein, um einen zusätzlichen Anreiz für die privaten Investitionen zu geben. Deshalb dürfte sich das Wachstum abschwächen und für das gesamte Jahr 1977 knapp 3 v. H. erreichen. Die Beschäftigungslage könnte sich verschlechtern.

Da der voraussichtliche Anstieg von Löhnen, Gehältern und sonstigen Einkommen in jedem der beiden nächsten Jahre 6 v. H. nicht übersteigen dürfte, kann davon ausgegangen werden, daß sich der verfolgte wirtschaftspolitische Kurs auf die Preissteigerungsrate auswirkt. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte 1977 weniger als 8 v. H. betragen, wobei Änderungen der indirekten Steuern berücksichtigt sind.

Die Haushaltspolitik soll die Einkommenspolitik unterstützen. Vorgesehen ist, die indirekten Steuern kräftig anzuheben und die laufenden und vermögenswirksamen Ausgaben einzuschränken. Die konjunkturelle Entwicklung läßt jedoch Mindereinnahmen bei den Steuern und zusätzliche Ausgaben erwarten. Damit das Defizit des Haushaltsjahres 1977/1978 nicht die im Juni festgesetzte Norm von 11,5

Mrd. Kronen überschreitet, ist darauf zu achten, daß die Ausgaben, die nicht automatisch an die Konjunkturentwicklung gebunden sind, in entsprechenden Grenzen gehalten werden.

Im Hinblick auf das angestrebte Ziel sollte sich die Geldpolitik bemühen, die Ausweitung der inländischen Liquidität (M 2) auf einen Satz zu beschränken, der etwas unter dem für das nominale Bruttoinlandsprodukt vorgesehenen Wachstum liegt (11 bis 12 v. H. im Jahre 1977). Dabei sollte die Geldschöpfung über den Staatshaushalt begrenzt und der Kreditplafond knapp gehalten werden, um die Unternehmen zu veranlassen, Kredite auf ausländischen Märkten aufzunehmen. Die Kreditpolitik müßte im übrigen elastisch und selektiv gehandhabt werden, wobei die exportorientierten Sektoren vorrangig behandelt werden müßten.

In der **Bundesrepublik Deutschland** hat sich die konjunkturelle Wiederbelebung gegenüber dem starken Schwung der Anlaufphase in den letzten Monaten in ruhigem Tempo fortgesetzt. Die Investitionsnachfrage hat sich nach einer leichten Verlangsamung in den Sommermonaten in letzter Zeit wieder belebt. Von der Auslandsnachfrage gingen weiterhin sehr kräftige Impulse aus. Die Expansion des privaten Verbrauchs blieb dagegen noch verhalten. Auch der Lageraufbau verlief weniger dynamisch.

Mit steigenden Verbrauchsausgaben und einer dynamischen Auslandsnachfrage dürften die Wachstumskräfte sich in der nächsten Zeit wieder verstärken. Wesentliche Voraussetzung für eine kontinuierliche Fortsetzung des Wirtschaftswachstums ist jedoch, daß die deutlich verbesserte Ertragslage der Unternehmen erhalten bleibt und, von günstigen Absatzaussichten gestützt, sich in einer dauerhaften Verstärkung der Investitionstätigkeit niederschlägt. Unter diesen Bedingungen dürfte im Jahresdurchschnitt 1977 ein Wachstum des realen Brutto-Sozialprodukts von mindesten 5 v. H. erreichbar sein. Trotz relativ günstiger Wachstumsbedingungen werden sich die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt nur allmählich entschärfen, so daß weiterhin gezielte Maßnahmen notwendig sind, um Ungleichgewichte auf bestimmten Teilarbeitsmärkten zu vermindern. Auch bei weiter steigender Nachfrage sollten die Bemühungen aller am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen, den Preisauftrieb zu bremsen, fortgesetzt werden. Auf der Grundlage der erreichten Stabilisierungserfolge sollte angestrebt werden, den Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1977 auf höchstens $4^1/_2$ v. H. zu begrenzen. Insgesamt könnte das nominale Bruttosozialprodukt um 9 bis 10 v. H. zunehmen.

Die Geld- und Kreditpolitik sollte das voraussichtliche Wachstum finanzieren, jedoch weiterhin darauf achten, daß die monetären Spielräume für Lohn- und Preiserhöhungen begrenzt bleiben. Eine entsprechende Zielvorgabe für die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge sollte im Hinblick auf eine noch weiter steigende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unter der Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts (9 bis 10 v. H.) liegen und in Abhängigkeit von dem sich am Jahresende 1976 ergebenden Liquiditätspolster der Wirtschaft festgelegt werden.

Mit der sich weiter verbessernden Konjunktur sollte die 1975 eingeleitete Politik zum Abbau der hohen strukturellen Defizite der Gebietskörperschaften, namentlich des Bundes und der Länder, behutsam fortgesetzt werden und damit dem zu erwartenden steigenden Finanzierungsbedarf des privaten Sektors allmählich mehr Raum gelassen werden. Bei den Bemühungen um eine Verbesserung der Haushaltsstruktur sollte auch dafür Sorge getragen werden, daß die öffentlichen Investitionen real nicht weiter abnehmen. Bei der geplanten Ausgabenpolitik und der hauptsächlich konjunkturbedingten Erhöhung der Einnahmen dürfte das Defizit von Bund und Ländern – ohne Einrechnung der geplanten Mehrwertsteueranhebung – deutlich unter dem voraussichtlich im Jahre 1976 erreichten Betrag von etwa 50 Mrd. DM liegen.

In **Frankreich** sind die in der Rezession aufgetauchten Ungleichgewichte noch immer nicht beseitigt. Der ständige Versuch einer Verbesserung des realen verfügbaren Lohn- und Nichtlohneinkommens führt zu einem kräftigen Kostenauftrieb, obwohl das Volkseinkommen sich langsamer entwickelt. Der Preisanstieg scheint nicht mehr weiter unter ein Niveau abzusinken, das noch immer nicht akzeptabel ist. Die verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten vergrößert zusammen mit exogenen Faktoren das Defizit der Handelsbilanz; dadurch wird auf den Wechselkurs des Franc Druck ausgeübt, womit die internen Inflationstendenzen weiter verstärkt werden.

Der Wiederaufschwung hat offensichtlich für diese Probleme keine Lösung gebracht. Die Wirtschaftssubjekte haben ihre abwartende Haltung bewahrt; das Zögern beim Verbrauch, die schnelle Zunahme der liquiden Ersparnisse und die Schwäche der produktiven Investitionen sind dafür die deutlichsten Anzeichen. Die Rückkehr zu den Bedingungen eines dauerhaften und ausgeglichenen Wachstums, vor allem für die Kosten und die Beschäftigung, erfordern eine Umorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik; das Ziel ist, über die Verlangsamung des Preisanstiegs und die Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts das Vertrauen zurückzugewinnen und den Bestrebungen für eine gerechtere Einkommensverteilung zu entsprechen.

Das kürzlich verabschiedete Maßnahmenbündel kann die französische Wirtschaft auf den Weg einer deutlichen Verlangsamung der Inflation und einer Wiederherstellung des äußeren Gleichgewichts bringen. Es könnte nämlich ermöglichen:

— den Kostenanstieg schnell zu begrenzen, der die Hauptquelle der Inflation ist, in dem man die Zunahme der Einkommen insgesamt bremst;

— zur Belebung der Investitionen beizutragen;

— schrittweise zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt zurückzukehren, indem die öffentlichen Ausgaben umorientiert und die Besteuerung im Sinne einer Stützung der Wirtschaftstätigkeit verbessert werden;

— die finanzielle Lage der Sozialversicherung zu verbessern;

— das Tempo der Geldschöpfung in der Weise zu regeln, daß ein restrikter Effekt vermieden wird;

— den Rückgriff auf das Auslandsangebot einzuschränken, indem die Einfuhren von Erdöl gedämpft werden;

— Steueranpassungen einzuleiten, um die hohen Einkommen stärker zu belasten und die Steuersätze der Mehrwertsteuer stärker an das niedrigere Durchschnittsniveau der Gemeinschaft anzugleichen.

Die Gesamtheit dieser Maßnahmen könnte sich in einer langsameren Zunahme der Binnennachfrage niederschlagen. In diesem Fall wäre es schwieriger, die für 1977 von der Regierung angestrebte Zuwachsrate für das reale Bruttoinlandsprodukt von 4½ v. H. zu erreichen. Die Bedingungen für eine beträchtliche Verminderung des Preisanstiegs würden jedoch vorliegen; die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate sollte 7 bis 8 v. H. nicht überschreiten, was mit dem Ziel, den Anstieg im Laufe des Jahres auf 6,5 v. H. zu drücken, vereinbar wäre. Schließlich sollte auch das Defizit der Leistungsbilanz spürbar verbessert werden.

Es ist wichtig, daß dieser Plan mit Entschlossenheit und Nachhaltigkeit verwirklicht wird. Der Anstieg der Ausgaben des Zentralstaates darf die Orientierung von 13 v. H. nicht überschreiten; falls erforderlich, sollten Wege gefunden werden, damit diese Zielsetzung auch von den Regionalbehörden respektiert wird. Das für das Geldmengenwachstum festgesetzte Ziel (M 2 jahresdurchschnittlich: 12,5 v. H.) sollte respektiert werden. Schließlich ist es unerläßlich, die Bemühungen um eine gerechtere Umverteilung der Steuerlast fortzusetzen.

In **Irland** dürfte sich das Wachstum mit der noch lebhaften Ausweitung des privaten Verbrauchs und der Ausfuhren auch bei der anhaltenden Schwäche der Investitionen in den nächsten Monaten fortsetzen. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte 1977 bei etwa 3 v. H. liegen. Deshalb dürfte sich die Beschäftigungslage kaum verbessern und die Arbeitslosenquote hoch bleiben. Auch bei einer leichten Abschwächung wird in der zweiten Jahreshälfte der Preisauftrieb relativ stark bleiben, da die Auswirkungen der Pfundabwertung mit einer gewissen Verzögerung den internen Kostenanstieg verstärken. Trotz einer langsameren Expansion des Einfuhrvolumens dürfte sich das Defizit der Leistungsbilanz kaum verringern.

Deshalb muß die Wirtschaftspolitik auch im Hinblick auf die langfristige Verbesserung der Beschäftigung in erster Linie das Grundproblem des Kostenanstiegs in Angriff nehmen. Zu diesem Zweck müßte eine strikte Einkommenspolitik eine erhebliche Mäßigung des Anstiegs der Löhne, Gehälter und sonstigen Einkommen anstreben. In Anbetracht des sich 1976 ergebenden Überhangs sollte dieser Anstieg 1977 10 v. H. nicht überschreiten. Damit könnte die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt auf 13 v. H. und im letzten Quartal auf 10 v. H. zurückgeführt werden. Auch müssen bereits jetzt die Grundlagen für ein Abkommen zur Beschränkung des Einkommenanstiegs für 1978 vorbereitet werden.

In diesem Rahmen sollte die Haushaltspolitik die restriktive Orientierung des Jahres 1976 beibehalten und anstreben, das Nettofinanzierungsdefizit 1977 unter etwa 700 Millionen Pfund zu halten, womit relativ zum Sozialprodukt eine weitere Verminderung erreicht würde. Diese Ausrichtung erfordert eine strenge Begrenzung des Ausgabenanstiegs auf eine Rate, die fühlbar unter der Wachstumsrate des nominalen Sozialprodukts liegt, und gegebenenfalls neue steuerliche Maßnahmen.

Als Beitrag zur Wiedererlangung der fundamentalen Gleichgewichte müßte die Geldpolitik anstreben, die Zuwachsrate der Geldmenge (M 3) unter derjenigen des nominalen Bruttoinlandsprodukts (± 16 v. H.) zu halten. Diese Entwicklung dürfte bei einer geringeren Zunahme des Finanzierungsbedarfs des öffentlichen Sektors, sofern dieser in ausreichendem Maße nicht monetär gedeckt werden kann, leichter zu erreichen sein.

In **Italien** machte die Konjunkturbelebung auch im ersten Halbjahr und im Sommer 1976 deutliche Fortschritte. Die Beschäftigung und vor allem die Auslastung der technischen Produktionskapazität sind gestiegen. Gleichzeitig hielt aber der zu starke Preisauftrieb an, und im ersten Halbjahr kam es zu einer sehr ausgeprägten Verschlechterung der Zahlungsbilanz. Obwohl diese nicht zuletzt saisonbedingt im Juli/August wieder mit einem Überschuß abschloß und sich der Preisanstieg gegen Jahresmitte abflachte, ist, wie die Lirakrise Ende September / Anfang Oktober gezeigt hat, das äußere und innere Gleichgewicht außerordentlich prekär geblieben, während die Arbeitslosenzahl nur geringfügig abnahm.

Es steht außer Zweifel, daß, falls man der spontanen Entwicklungstendenz der Inlandsnachfrage freien Lauf lassen würde, die Gefahr erneuter schwerer Spannungen auf dem Gebiet der Zahlungsbilanz bestünde. Daher und wegen der geringen Höhe der amtlichen Devisenreserven wird der wirtschaftspolitische Spielraum stark durch die Zahlungsbilanz eingeengt.

Aus diesem Grunde ist eine außerordentlich vorsichtige Wirtschaftspolitik erforderlich. Ihr Ziel muß

es sein; durch eine entsprechende Mischung konjunktureller und struktureller Maßnahmen die Ausweitung der Inlandsnachfrage eng zu begrenzen und gleichzeitig aber die Investitionen anzuregen, die geeignet sind, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Italiens zu stärken und seine Einfuhrabhängigkeit zu vermindern. Hiervon würden mit Sicherheit auch günstige Wirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung ausgehen. Darüber hinaus ist es notwendig, die Wohnungsbauinvestitionen zu stützen; denn sie erfordern viel Arbeitskraft und relativ wenig Einfuhren.

Um ein ausgewogenes, dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, ist es ebenfalls unabdingbar, das Zunahmetempo der Kosten je Produktionseinheit zu mäßigen. Hier bedarf es einer Einkommenspolitik, die auf Stabilität ausgerichtet ist und nicht zuletzt die Aufgabe hat, eine Änderung des geltenden Indexlohnsystems herbeizuführen.

Auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen ist im Hinblick auf die konjunkturellen Erfordernisse und aus längerfristigen Erwägungen heraus eine besonders strenge Haushaltsgebarung notwendig. Hier muß zunächst einmal der Plafond in Höhe von 13 800 Mrd. Lire strikt eingehalten werden, der im vorigen März vom Rat in bezug auf den Nettofinanzierungsbedarf des Schatzamtes im Jahre 1976 festgesetzt wurde. Jede Überschreitung dieses Plafonds würde nämlich zu einer höchst unerwünschten zusätzlichen Ausweitung der Liquidität führen. Im Jahre 1977 müßte der Nettofinanzierungsbedarf des Schatzamtes absolut gesehen unter diesem Niveau bleiben und daher im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nochmals – und deutlich – sinken. Um dies zu erreichen, wird es nicht genügen, die Effizienz des Steuersystems durch eine beschleunigte Einziehung der Rückstände und durch eine verstärkte Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu verbessern. Vielmehr sind selektive Erhöhungen der Steuersätze und öffentlichen Tarife erforderlich, einmal um die Einnahmen des Staates zu erhöhen und seine Subventionsausgaben zu senken und zum anderen um gewisse Konsumarten zu beschneiden. Auf Seiten der laufenden Ausgaben müssen noch weitere Abstriche vorgenommen werden, um die namentlich durch den Plan zur Umstrukturierung der Industrie entstehende Mehrbelastung und um die zusätzlichen Transferzahlungen teilweise zu kompensieren, die an die Gemeinden zu leisten sind und denen möglichst eine Verbesserung ihrer Verwaltung gegenüberstehen sollte. Auf jeden Fall muß das Ziel verfolgt werden, die Zuwachsrate der Haushaltsausgaben deutlich unter die für 1976 erwarteten 25 v. H. zu drücken. Schließlich wird es erforderlich sein, den von der Zentralbank finanzierten Anteil des Schatzamtsdefizits beträchtlich zu senken.

Die Währungsbehörden sollten im Hinblick auf die stets schwierigen Monate gegen Jahresende dafür Sorge tragen, daß den dann besonders liquiditätsexpansiven Tendenzen genügend entgegengewirkt wird, um ernste Spannungen auf dem Devisenmarkt zu vermeiden. Außerdem muß man durch geeignete Maßnahmen den Auswirkungen auf die Liquidität Rechnung tragen, die von dem kürzlich durch die Kommission gebilligten allmählichen Abbau der bei der Banca d'Italia zu erstellenden Zwangsdepots auf Devisenkäufe ausgehen werden. In diesem Zusammenhang ist es wünschenswert, daß die Ausweitung der Geldmenge im weiteren Sinne (M_2) von 1976 auf 1977 18 bis 19 v. H. nicht übersteigt. Auch muß, besonders im Hinblick auf die schwierige Zahlungsbilanzlage, gewährleistet werden, daß das Zinsniveau deutlich höher liegt als im Ausland.

Die unlängst beschlossenen bzw. angekündigten Maßnahmen der italienischen Behörden zeigen, daß diese sich der Notwendigkeit durchaus bewußt sind, die Wirtschaftspolitik in dem im vorstehenden beschriebenen Sinne auszurichten. Diese Maßnahmen sehen namentlich eine Erhöhung der Steuern und öffentlichen Tarife von 4000 Mrd. Lire vor, wovon die Hälfte das Haushaltsdefizit reduzieren und die andere Hälfte die Investitionen und die Beschäftigung erhöhen sollen. In der Tat muß eine solche Reduktion des Haushaltsdefizites erzielt werden, wie es auch erforderlich ist, die Struktur der Haushaltsausgaben dadurch zu verbessern, daß der Anteil der Investitionsausgaben so hoch wie möglich gehalten wird. Auch sollten diese Maßnahmen dazu beitragen, den monetär finanzierten Anteil des Haushaltsdefizits fühlbar zu senken.

Unter diesen Umständen wird das Wachstum des realen Bruttosozialproduktes von 1976 auf 1977 notwendigerweise deutlich langsamer ausfallen als von 1975 auf 1976 Gleichzeitig müßte der Anstieg der Verbraucherpreise auf eine Rate begrenzt werden, die derjenigen des Jahres 1976 gleich ist oder darunter liegt. Dies impliziert, wenn man die Preisinzidenz der öffentlichen Tariferhöhungen berücksichtigt, eine Verlangsamung der Inflationstendenz.

In den **Niederlanden,** wo der Wirtschaftsaufschwung im ersten Halbjahr 1976 zum Stillstand gekommen war und die Arbeitslosigkeit bis in den Herbst hinein zugenommen hatte, ist eine Verbesserung der mittelfristigen Beschäftigungsaussichten kaum ohne eine Dämpfung des Lohnkostenanstiegs und eine Besserung der Ertragslage für Investitionen im Unternehmensbereich zu erwarten. Daher muß es das vorrangige Ziel der Wirtschaftspolitik sein, die Voraussetzungen für eine deutliche Tendenzwende in diesen Bereichen zu schaffen. Eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von ungefähr $4^1/_2$ v. H. für 1977, ein Anstieg der Verbraucherpreise von nicht mehr als 7 v. H. und eine Zunahme des Lohnes je Beschäftigten von 8 bis $8^1/_2$ v. H. – diese Ziele werden auch von der Regierung angestrebt – dürften gleichzeitig eine Verbesserung der mittelfristigen Aussichten und eine Verringerung der Divergenzen innerhalb der Gemeinschaft ermöglichen.

Da die derzeitige Arbeitslosigkeit hauptsächlich strukturbedingt ist und somit durch globale Maßnahmen zur Nachfragebelebung nicht verringert werden kann, muß die Haushaltspolitik der Investitionsförderung und somit indirekt der Beschäftigung Priorität geben. Es ist notwendig, allmählich zu einer restriktiveren Haushaltspolitik zurückzukehren, mit dem Ziel, 1977 eine Stabilisierung des Nettofinanzierungsbedarfs auf etwa 12 Milliarden Gulden zu erreichen, was einer recht fühlbaren Verringerung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gleichkommt. Da weitere Erhöhungen der Steuerlast zu begrenzen sind, muß dieses Ziel über eine Einschränkung der Zunahme der laufenden Ausgaben, insbesondere der Sozialleistungen, erreicht werden.

Eine Rückkehr zu einer strengeren Haushaltspolitik würde einerseits die Finanzierung der Unternehmen außerhalb des Energiesektors fördern, deren Eigenmittel weiterhin unzureichend sind, und andererseits eine Währungspolitik ermöglichen, die auf eine Förderung von Kapitalbewegungen abzielt, die mit dem Überschuß der Leistungsbilanz vereinbar sind. In Übereinstimmung mit einer solchen Politik sollten die Währungsbehörden versuchen, die Ausweitung der Inlandsliquidität im Jahresdurchschnitt 1977 auf 11 v. H. zu begrenzen.

In **Belgien** stagniert die Wirtschaftsaktivität seit letztem Frühjahr. Der erneute Auftrieb der Rohstoffpreise und der Preise bestimmter Agrarerzeugnisse sowie die Zunahme der Lohnkosten lassen befürchten, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise erneut beschleunigt. Daher sollte die Wirtschaftspolitik versuchen, ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von ungefähr 4½ v. H. zu sichern und den Verbraucherpreisanstieg auf 8 bis 9 v. H. zu begrenzen.

Nur eine solche Entwicklung würde die Bedrohung der Beschäftigung und des Gleichgewichts auf den Devisenmärkten beseitigen. Dieses Ziel kann, zumindest zum derzeitigen Zeitpunkt, nicht über die Haushaltspolitik erreicht werden; es sind vielmehr ständige Anstrengungen notwendig – insbesondere wenn die Wirkungen des Wirtschaftssanierungsprogramms auslaufen –, um die Mechanismen der Einkommensbildung den Erfordernissen einer offenen Wirtschaft anzupassen, die unter den einschränkenden Bedingungen einer engen währungspolitischen Zusammenarbeit mit den Partnerländern funktioniert. In diesem Rahmen ist auf eine gerechte Verteilung der notwendigen Opfer auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu achten.

Die Haushalts- und Steuerpolitik muß auf die mittelfristigen Ziele ausgerichtet bleiben. Da im übrigen der Finanzierungsspielraum schon begrenzt ist, dürfte diese Orientierung für das Jahr 1977 eine deutliche Beschränkung des Ausgabenanstiegs und eine relative Verringerung des Nettofinanzierungssaldos bedeuten. Das Nettofinanzierungsdefizit des Zentralstaates sollte 145 Milliarden Franken nicht überschreiten.

Dieser relative Rückgang des Nettofinanzierungssaldos, der eine Lockerung der 1976 im Währungsbereich getroffenen restriktiven Maßnahmen erlauben würde, könnte die Finanzierung der privaten Investitionen erleichtern. Somit könnte eine restriktivere Haushaltspolitik das Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt fördern und zum Abbau der Unterschiede der Inflationsraten innerhalb der Währungsschlange beitragen. In diesem Zusammenhang müßte die Zunahme der Kredite an private Haushalte und Unternehmen auf 223 Milliarden Franken begrenzt werden, was für den Zeitraum vom Jahresende 1976 bis Jahresende 1977 einer Steigerung von etwa 15 v. H. entspricht.

In **Luxemburg** scheint sich der Aufschwung in den letzten Monaten ebenfalls verlangsamt zu haben. Dank der relativ günstigen Perspektiven der Investitionstätigkeit der Unternehmen und des privaten Verbrauchs für 1977 dürfte die Zunahme der realen Inlandsnachfrage deutlich über der von 1976 liegen. Außerdem wird die Ausfuhr weiterhin spürbar zunehmen; die Stahlindustrie, deren Absatz relativ schwach bleiben wird, wird hiervon jedoch wenig profitieren.

Im Rahmen einer konvergenten Wirtschaftspolitik für die gesamte Gemeinschaft sollte Luxemburg im Jahre 1977 versuchen, eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von etwa 4½ v. H. zu erreichen und den Verbraucherpreisanstieg auf 8 v. H. zu beschränken. Unter diesen Umständen können die 1974 und 1975 getroffenen selektiven Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaftstätigkeit und Förderung der Beschäftigung nach und nach abgebaut werden. Die Haushaltspolitik muß den mittelfristigen Zielsetzungen und den durch die voraussichtliche Entwicklung der Staatseinnahmen gebotenen Finanzierungsmöglichkeiten angepaßt werden.

Im **Vereinigten Königreich** hat sich 1976 die Wiederbelebung der Wirtschaftsaktivität, getragen von einem kräftigen Aufschwung des Exports und wieder zunehmenden Lagerinvestitionen, fortgesetzt. Die Inflationsrate war wesentlich niedriger als 1975, blieb jedoch das ganze Jahr hindurch als Folge steigender Rohstoffpreise und starker Kursverluste des britischen Pfundes praktisch unverändert. Teils auch bedingt durch den Wirtschaftsaufschwung gab es in der Leistungsbilanz wieder ein beträchtliches Defizit. Die Arbeitslosigkeit stieg allerdings noch weiter an.

Um weder die Zahlungsbilanz zu schwächen noch den Inflationsdruck zu verschärfen, führte die Regierung keine breitangelegten Maßnahmen zur Nachfragebelebung durch. Trotz des hohen öffentlichen Finanzierungsdefizits wirkte die Haushaltspolitik noch leicht restriktiv. Denn auch die Steuersenkung in Höhe von einer Milliarde Pfund, welche im April für das Haushaltsjahr 1976/1977 angekündigt wurde, verringerte die gesamte Steuerlastquote nicht. Außerdem wurde die Herabsetzung der davon be-

troffenen direkten Steuern von einem Übereinkommen mit den Gewerkschaften über eine Mäßigung der Lohn- und Gehaltsforderungen in den nächsten zwölf Monaten bis Juli 1977 abhängig gemacht.

Trotz der verhältnismäßig vorsichtigen Wirtschaftspolitik der Regierung und der günstigen Entwicklung des Preisanstiegs und der Zahlungsbilanz in den ersten Monaten des Jahres schwächte sich das Pfund von März bis Anfang Juni erheblich ab. In dieser Krise kündigte die Regierung am 7. Juni einen kurzfristigen Beistandskredit in Höhe von 5,3 Mrd. $ [13]) an. Am 22. Juli folgte ein Programm zur Kürzung öffentlicher Ausgaben und Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung. Damit soll das Vertrauen wiederhergestellt und deutlich gemacht werden, daß die Regierung entschlossen ist, das Niveau der öffentlichen Ausgaben unter Kontrolle zu halten.

Der erneute Druck auf das Pfund im September veranlaßte den Schatzkanzler am 29. September die Absicht der Regierung anzukündigen, die noch verfügbaren Kreditlinien beim Internationalen Währungsfonds in Anspruch zu nehmen.

Ungeachtet der Schwäche des Pfundes hat die wirtschaftspolitische Gesamtstrategie der Regierung durch die Verminderung der Inflationserwartungen die Aussichten auf eine Periode anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums erheblich verbessert. Von 1976 auf 1977 sollte das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 3 v. H. zunehmen. Da diese Wachstumsrate die Trendrate des Produktionspotentials nur wenig übertreffen und kurzfristig das Arbeitsangebot noch zunehmen dürfte, sind die Aussichten für die Arbeitslosigkeit in den nächsten zwölf Monaten besonders unsicher. Ein nennenswerter Rückgang ist jedenfalls unwahrscheinlich. Die Industriepolitik der Regierung sollte versuchen, die Arbeitslosigkeit zu mildern und das Niveau der gewerblichen Investitionen zu erhöhen.

Die Regierung sollte in erster Linie eine weitere Verminderung der Inflationsrate anstreben. Der Preisanstieg zwischen 1976 und 1977 sollte nicht mehr als 11 v. H. betragen und sich im Jahresverlauf verlangsamen. Diese Zielsetzung in Verbindung mit der Notwendigkeit die Zahlungsbilanz zu verbessern, schließt in der nahen Zukunft den Übergang zu einer expansiveren Haushalts- und Geldpolitik aus. In der Tat könnte das für 1977 vorausgeschätzte Nachfrageniveau vor dem Hintergrund des zur Zeit für 1977/1978 vorhersehbaren Defizits des öffentlichen Sektors Probleme bei der Finanzierung der Allokation der Ressourcen aufwerfen, mit der Gefahr, daß im weiteren Verlauf des Aufschwungs neue inflationäre Spannungen entstehen könnten.

Der weitere Abbau des öffentlichen Finanzierungsdefizits sollte ein wichtiges Element der Regierungspolitik zur Verminderung der Inflationsrate sein. Daher sind die Maßnahmen der Regierung vom Juli zu begrüßen, durch die sich die offizielle Vorausschätzung des Finanzierungsdefizits für das Haushaltsjahr 1977/1978 auf höchstens 9 Mrd. £ vermindert. Es dürfte jedoch möglich sein, ein niedrigeres Defizit anzustreben.

Während des vergangenen Jahres hat die Einkommenspolitik der Regierung einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Inflationsrate geleistet. Wenn weitere Forschritte erreicht werden sollen – eine Voraussetzung für eine langfristige Besserung der Beschäftigungsaussichten – dann wird auch für die Zeit nach dem Juli 1977 Zurückhaltung in den Einkommensforderungen geübt werden müssen. Hier wäre durchaus eine Einkommenspolitik denkbar, die in begrenztem Maße Ungleichgewichte der Lohnstruktur mildert, die sich während der beiden letzten Jahre entwickelt hatten. Die Entscheidungen über die Grundzüge einer solchen Politik sollten in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern getroffen werden, und zwar bereits zu Anfang des nächsten Jahres, lange bevor die Viereinhalbprozentklausel des Lohnabkommens ausläuft. Dies würde nicht nur ein gewisses Maß an Synchronisierung der Haushalts- und Einkommenspolitik ermöglichen, sondern auch eine Periode der Ungewißheit vermeiden, die das Vertrauen im In- und Ausland erschüttern könnte.

In der Geld- und Kreditpolitik sollte eindeutig ein restriktiver Kurs verfolgt und besonders darauf geachtet werden, die Kreditausweitung im Inland unter Kontrolle zu halten. Bevorzugten Kreditnehmern sollten jedoch in angemessenem Umfang Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Behörden sollten dafür sorgen, daß die Geldmenge im weiteren Sinne im Jahre 1977 um nicht mehr als 12 v. H. zunimmt.

V. Schlußfolgerungen

Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft haben seit Mitte 1975 erste Erfolge bei der Überwindung der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit zu verzeichnen. Mit dem Fortfall früherer Antriebskräfte wurde die kräftige Aufwärtsentwicklung seit dem Sommer 1976 von einer Beruhigung der konjunkturellen Entwicklung abgelöst. Damit haben sich die Gefahren boomartiger Auswüchse vermindert, aber gleichzeitig sind in vielen Mitgliedsländern die früheren Ungleichgewichte erneut aufgetreten.

Die Arbeitsmarktlage hat sich nur langsam verbessert. Die Zahlungsbilanzdefizite sind angestiegen, die Inflationsraten sind hoch und die Divergenzen in der Preis- und Kostenentwicklung zwischen den Mitgliedsländern fast unverändert groß geblieben. Die Instabilitäten der Währungsbeziehungen halten an.

[13]) Vereinbart mit den Zentralbanken der Zehnergruppe (ausgenommen Italien), der Schweiz und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

In einigen Mitgliedstaaten sind mutige Programme zur Beseitigung der binnen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte ergriffen worden oder in Vorbereitung. Von ihrem Erfolg werden Fortschritte bei der Konsolidierung des Konjunkturaufschwungs und der Konvergenz der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft abhängen. Die notwendigen Anpassungen heute noch weiter hinauszuschieben, würde die Rückkehr zu Vollbeschäftigung und Stabilität morgen nur noch schwieriger und schmerzhafter machen.

Anhang

Tabelle 1

Wichtige volkswirtschaftliche Größen a)

	Bruttoinlandsprodukt (Volumen)					Verbraucherpreise b)				
	Veränderung gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres, in %									
	68–72 Durchschnitt c)	1973	1974	1975	1976	68–72 Durchschnitt c)	1973	1974	1975	1976
Dänemark	4,8	3,0	1,6	— 1,0	5,0	5,6	8,5	15,0	8,8	9,0
BR Deutschland	5,5	5,1	0,7	— 3,3	5,9	3,8	7,0	7,3	6,1	5,0
Frankreich	5,0	5,2	2,9	— 1,3	5,0	5,3	7,1	13,9	11,5	9,5
Irland	5,0	5,6	0,8	— 0,5	3,5	7,5	11,8	15,1	21,3	18,5
Italien	3,9	6,8	3,4	— 3,7	4,5	5,1	12,1	20,2	17,4	17,0
Niederlande	5,7	4,1	2,9	— 0,9	3,7	6,0	8,8	10,0	10,5	9,5
Belgien	5,4	6,3	4,2	— 1,8	3,7	3,5	6,0	13,0	12,1	10,0
Luxemburg	4,3	7,1	3,4	— 7,7	3,1	3,9	6,1	9,5	10,7	10,0
Verein. Königreich	2,2	5,3	0,2	— 1,6	3,0	5,6	8,7	15,4	22,0	16,0
Gemeinschaft	4,7	5,2	1,8	— 2,4	4,8	5,2	8,3	12,6	12,2	10,4

	Zahl der Arbeitslosen d) in v. H. der Erwerbsbevölkerung					Leistungsbilanzsaldo Mrd. $ e)				
	68–72 Durchschnitt c)	1973	1974	1975	1976	68–72 Durchschnitt c)	1973	1974	1975	1976
Dänemark	1,3	0,9	2,4	5,2	4,9	— 0,3	— 0,5	— 1,0	— 0,5	— 1,7
BR Deutschland	0,8	1,0	2,2	4,1	4,0	1,1	4,3	9,2	3,1	2,0
Frankreich	2,0	2,1	2,3	3,8	4,3	— 0,4	— 0,7	— 7,0	— 0,2	— 3,6
Irland	5,6	6,0	6,4	9,2	10,0	— 0,1	— 0,2	— 0,7	0	— 0,4
Italien	3,4	3,5	2,9	3,3	3,5	1,8	— 2,5	— 8,0	— 0,5	— 2,8
Niederlande	1,6	2,4	3,0	4,3	4,7	0,1	2,3	2,0	1,6	2,2
Belgien	2,3	2,4	2,6	4,5	6,0	— 0,6	1,1	1,0	1,0	0,8
Luxemburg	—	—	—	0,2	0,4					
Verein. Königreich	2,9	2,6	2,6	4,0	5,5	0,9	— 2,0	— 8,4	— 3,8	— 3,2
Gemeinschaft	2,1	2,1	2,5	3,9	4,5	3,7	1,8	—12,8	0,6	— 6,7

a) 1968–1975: Ergebnisse; 1975 und 1976 Schätzungen;

b) Definition der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung;

c) Geometrisches Mittel der Änderungsraten der Jahre 1968 bis 1972;

d) Wegen der nicht vollständigen Übereinstimmung der Definitionen bei den Arbeitslosen können diese Zahlen von Land zu Land nicht verglichen werden; sie spiegeln nur die interne Entwicklung jedes Landes wider.

e) Wegen Auf- und Abrundungen kann die Summe der einzelnen Komponenten von der Gesamtsumme abweichen.

Quelle: Nationale Statistiken SAEG und Dienststellen der Kommission

Tabelle 2

Veränderung der Industrieproduktion [1]) (in v. H., saisonbedingt)

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.					Veränd. gegenüb. d. Vorhalbj. in v.H.		Veränderung gegenüber dem Vormonat in v. H.					
	1973	1974	1975	Jan.-Aug. 75 / Jan.-Aug. 76	Aug. 75 / Aug. 76	1. Sem. 75 / 2. Sem. 75	2. Sem. 75 / 1. Sem. 76	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
	Jahresdurchschnitt												
Dänemark	3,2	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Deutschland BR	7,2	— 1,5	— 6,2	7,7	7,9	0,6	6,3	— 3,3	4,5	— 0,3	0,8	1,0	1,1
Frankreich	7,8	2,4	— 8,8	7,8	9,3	— 1,1	8,2	1,7	1,2	— 1,1	0,8	0,7	— 2,7
Irland	9,9	3,0	— 6,2	:	5,1	0,1	:	:	:	:	:	:	:
Italien	9,7	3,9	— 8,8	9,4	14,7	— 1,1	9,0	1,5	— 0,6	5,4	— 2,2	0,5	— 3,8
Niederlande	6,0	3,3	— 5,1	5,4	7,7	— 1,2	6,1	0,3	0,1	— 0,2	0,2	— 0,9	— 0,2
Belgien	6,2	4,0	— 10,0	5,4 [2])	6,5 [3])	— 3,9	9,2	— 0,5	6,0	— 2,5	2,7	— 5,4	:
Luxemburg	12,0	3,5	— 21,9	4,7	39,7	— 11,6	13,8	1,1	2,8	8,7	— 3,3	— 8,0	— 0,4
Vereinigtes Königreich	8,2	— 2,6	— 5,0	0,0	3,8	— 3,7	2,7	— 1,7	1,0	1,5	— 3,7	2,1	— 0,7
Gemeinschaft	7,5	0,5	— 6,9	6,1	8,5	— 1,0	6,3	— 1,1	1,8	0,7	— 0,2	— 0,4	:
Investitionsgüter	6,5	2,7	— 2,8	— 1,0 [2])	— 1,8 [3])	— 1,7	1,5	— 2,3	2,8	0,9	— 1,3	(— 2)	:
Konsumgüter	6,8	— 1,2	— 3,9	6,3 [2])	4,1 [3])	1,0	5,5	— 1,6	4,0	0,1	0,5	(— 2)	:
Rohstoff- und Produktionsgüter	8,6	0,3	— 10,2	8,0 [2])	12,6 [3])	— 1,9	8,8	0,3	1,3	1,6	— 0,1	(0)	:

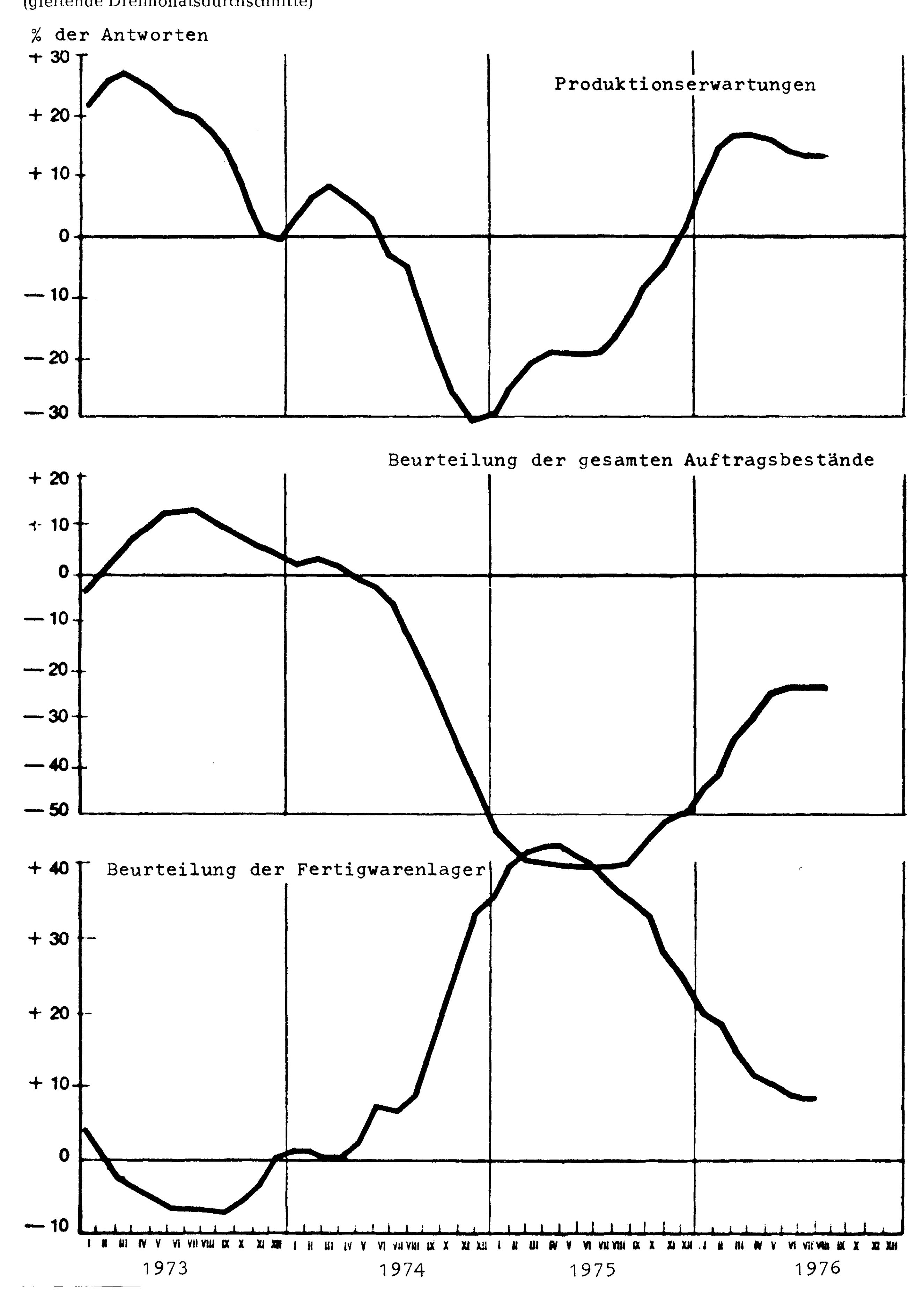
[1]) Ohne Bau; Frankreich auch ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrie

[2]) Januar – Juli

[3]) Juli 1976 / Juli 1975

Quelle: SAEG

Ergebnisse der Konjunkturbefragung in der Industrie [1]) der Gemeinschaft [2]) **Schaubild A**
(gleitende Dreimonatsdurchschnitte)



1) Ohne Bau-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie. 2) Ursprüngliche Gemeinschaft.

Tabelle 3

Arbeitslosigkeit

a) Zahl der Arbeitslosen (in v. H. der zivilen Erwerbsbevölkerung) [1])

	Jahresdurchschnitt			1975				1976				
	1973	1974	1975	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Dänemark	1,0	2,1	5,2	5,2	5,6	5,5	5,7	4,6	4,9	5,0	4,8	:
Deutschland BR	1,0	2,2	4,2	3,9	4,3	4,5	4,5	4,4	3,9	4,0	4,0	3,9
Frankreich	1,2	2,2	3,8	3,4	3,7	4,2	4,4	4,3	4,1	4,1	4,1	4,1
Irland	5,9	6,2	8,7	8,0	8,8	9,2	9,5	9,6	9,8	9,9	9,9	9,9
Italien	3,4	2,8	3,4	3,2	3,5	3,6	3,8			4,0		:
Niederlande	2,4	2,7	4,1	3,7	4,1	4,4	4,4	4,3	4,4	4,5	4,7	4,6
Belgien	2,8	3,0	4,9	4,2	4,8	5,4	6,1	6,4	6,7	6,9	7,0	6,9
Luxemburg	—	—	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	
Ver. Königreich	2,5	2,3	3,8	2,9	3,5	4,3	5,5	5,0	5,4	5,7	5,7	5,2
Gemeinschaft	2,1	2,5	4,0	3,5	3,9	4,3	4,7	4,5	4,5	4,6	4,6	:

[1]) Saisonbereinigt, außer Italien: ISTAT-Zahlen; wegen unterschiedlicher Definitionen sind die Zahlen für die einzelnen Länder nicht miteinander vergleichbar.

b) Offene Stellen (in v. H. der Zahl der Arbeitslosen) [1])

	1975				1976				
	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Dänemark	0,7	0,6	0,6	0,9	2,0	1,8	1,7	1,7	:
Deutschland BR	24,4	19,0	17,8	18,7	20,7	23,6	23,3	22,5	21,5
Frankreich	14,7	10,3	9,8	10,9	12,3	13,7	14,1	14,3	:
Niederlande	29,6	20,8	18,6	19,2	20,6	20,1	19,0	18,3	:
Belgien	2,7	1,0	1,0	1,4	1,5	1,4	1,4	1,4	:
Vereinigtes Königreich	25,6	14,7	10,3	8,1	8,8	7,6	7,3	7,8	7,5

[1]) Saisonbereinigt, für Irland nicht verfügbar; für Italien und Luxemburg unbedeutend

Quelle: SAEG und Dienststellen der Kommission
: Angaben nicht verfügbar

Tabelle 4

Verbraucherpreise [1]) (Veränderung in v. H.)

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.				Veränderung gegenüber dem Vorhalbjahr in v. H.		Veränderung gegenüber dem Vormonat in v. H.					
	1973	1974	1975	Aug. 75 Aug. 76 [3])	1. Halbj. 75 2. Halbj. 75	2. Sem. 75 1. Sem. 76	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Dänemark	12,6	15,5	4,3	7,7	0,9	6,9	0,3	1,0	— 0,2	0,1	0,7	:
Deutschland BR	7,9	5,8	5,4	4,0	1,3	3,2	0,6	0,4	0,3	— 0,4	0,4	0,0
Frankreich	8,5	15,2	9,6	9,5	4,3	4,7	0,9	0,7	0,4	1,0	0,7	:
Irland [2])	12,6	20,0	16,8	18,9	1,9	14,0	:	6,2	:	:	1,5	:
Italien	12,5	24,5	11,2	17,0	5,0	10,8	2,6	2,0	0,5	0,5	1,1	:
Niederlande	8,2	10,9	9,1	8,3	4,1	5,0	2.1	0,4	0,0	— 0,5	1,0	1,1
Belgien	7,3	15,7	11,0	9,3	5,4	3,7	0,9	0,7	0,2	0,8	0,4	1,3
Luxemburg	6,1	11,2	10,9	9,4	5,1	4,5	1,4	0,6	0,1	0,8	0,8	0,1
Vereinigtes Königreich	10,6	19,1	24,9	14,3	6,5	6,8	1,9	1,1	0,5	0,2	1,4	1,3
Gemeinschaft	9,5	14,8	11,8	10,2	4,0	5,8	1,3	0,9	0,4	0,3	0,8	:

[1]) Gegenüber dem letzten Monat der Vorperiode.

[2]) Irland: Vierteljahreszahlen

[3]) BR Deutschland, Niederlande, Belgien, Luxemburg und Vereinigtes Königreich: September 1976 gegenüber September 1975

Quelle: SAEG

Tabelle 5

Entwicklung der Handelsbilanzen (in Mio. US-Dollar, saisonbereinigt)

	1973	1974	1975	1974				1975				1976	
				I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Dänemark	— 1 720	— 2 313	— 1 770	— 688	— 722	— 492	— 411	— 308	— 393	— 418	— 651	— 732	— 660
Deutschland BR	+12 366	+19 645	+13 990	+ 5 112	+ 5 131	+ 4 532	+ 4 870	+ 4 838	+ 2 975	+ 3 181	+ 2 996	+ 3 516	+ 3 397
Frankreich	+ 1 435	— 3 373	+ 1 607	+ 623	— 1 071	— 1 097	— 582	+ 584	+ 1 120	+ 495	— 592	— 446	— 254
Irland	— 625	— 1 159	— 714	— 248	— 379	— 362	— 170	— 227	— 184	— 174	— 129	— 306	— 174
Italien	— 5 587	—10 664	— 3 548	— 2 977	— 3 101	— 2 628	— 1 968	— 897	— 722	— 501	— 1 428	— 1 739	— 1 937
Niederlande	+ 127	— 195	— 43	— 21	+ 13	— 193	+ 6	— 188	+ 261	— 211	+ 95	+ 252	— 259
B.L.W.U.	+ 359	— 1 549	— 1 910	— 501	— 446	— 487	— 115	— 89	— 587	— 779	— 432	— 675	— 746
Vereinigtes Königreich	— 5 616	—12 276	— 7 109	— 2 916	— 3 275	— 2 945	— 3 140	— 2 033	— 1 583	— 2 098	— 1 395	— 940	— 1 764
	+ 739	—11 884	+ 503	— 2 862	— 3 850	— 3 672	— 1 500	+ 1 680	+ 887	— 505	— 1 536	— 1 070	— 2 397

Quelle: Nationale Statistiken und SAEG.

Tabelle 6

Ausgaben, Einnahmen und Nettofinanzierungssaldo der Haushalte der Zentralstaaten

	Ausgaben		Einnahmen		Nettofinanzierungssaldo			
	Veränderungen in v. H.				Werte [1])		In v. H. des B.I.P.	
	1975	1976	1975	1976	1975	1976	1975	1976
Dänemark [2])	+ 20,1	+ 10	+ 3,0	+ 14 1/2	— 10,7	— 9	— 5,2	— 3,8
Deutschland BR	+ 15,6	+ 6	+ 1,6	+ 8 1/2	— 54,7	— 52	— 5,2	— 4,5
Frankreich	+ 26,7	+ 8	+ 3,4	+ 17	— 37,7	— 17,5	— 2,7	— 1,1
Irland	+ 35,5	+ 22 1/2	+ 21,9	+ 30 1/2	— 601	— 644	—16,9	—14,6
Italien	+ 25,5	+ 24 1/2	+ 25,6	+ 29 1/2	—8 632	—9 600	— 7,7	— 7,0
Niederlande	+ 24,2	+ 18,2	+ 15,4	+ 11,8	— 7,2	— 12,1	— 3,5	— 5,2
Belgien	+ 24,1	+ 16,7	+ 19,0	+ 16,1	— 116,6	— 140,0	— 5,0	— 5,3
Luxemburg	+ 21,8	+ 14 1/2	+ 10,4	+ 8	+ 0,9	— 0,6	+ 1,1	— 0,6
Ver. Königreich [2])	+ 30 1/2	+ 16 1/2	+ 23,2	+ 20 1/2	—8 800	—8 900	— 8,6	— 7,4

[1]) Mrd Dkr, DM, Ffr, Lit., Fl, Fb, Flx; Mio £

[2]) 1975/76, 1976/77

Quelle: Dienste der Kommission

Tabelle 7

Weltproduktion und Welthandel (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.)

	Reales Bruttoinlandsprodukt[1]					Einfuhrvolumen (Waren)				
	1969–73 Durchschn.[2]	1974	1975	1976	1977	1969–73 Durchschn.[2]	1974	1975	1976	1977
USA	3,3	— 1,7	— 1,8	6 1/2	5 1/2	6,9	— 3,4	— 11,3	20	10
Kanada	5,3	2,8	0,6	5	5 1/2	10,0	10,0	— 5,2	10	11
Japan	9,6	— 1,2	2,1	6	7	14,9	— 0,7	— 13,9	8	14
Andere Industrieländer (ohne EWG)	6,0	3,7	0,1	2 1/2	4	8,9	11	— 7	4	8
Alle Industrieländer (ohne EWG)	4,6	— 0,4	— 0,6	5 1/2	5 1/2	9,2	3 1/2	— 9 1/2	11	10
EWG	4,7	2,0	— 2,5	4,8	4	10,3	— 1 1/2	— 5	12	8 1/2
Alle Industrieländer (mit EWG)	4,6	0,4	— 1,2	5 1/2	5	9,8	1	— 7 1/2	11 1/2	9 1/2
OPEC-Länder						7,4 (gemeinsam für OPEC-Länder und Andere Entwicklungsländer)	38	45	20	15
Andere Entwicklungsländer							13	— 2	2	7
Zentral verwaltete Volkswirtschaften						8,4	10	6	4	6
Welt (ohne EWG)						8,6	9	— 2	8 1/2	9
Welt (mit EWG)						9,2	5 1/2	— 3	10	9

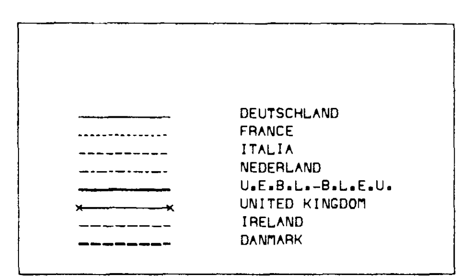
[1]) Reales Sozialprodukt USA, Kanada, Japan.

[2]) Durchschnittswachstum zwischen 1968 und 1973.

Quelle: Nationale Statistiken und Dienststellen der Kommission

Schaubild B

Gewogene Auf- oder Abwertung der Währungen der Mitgliedstaaten in v. H.
(Bezugsgrößen: „Smithsonian Agreement" Dezember 1971;
Gewichtung nach der Handelsstruktur)



1973 1974 1975 1976

Tabelle 8

Monetäre Entwicklung

	Dänemark	Deutschland BR	Frankreich	Irland	Italien	Belgien	Niederlande	Verein. Königr.
				Geldvolumen (M_1) [1] Jahresanstieg in v. H. [2]				
Letzte 36 Monate	13,1	9,5	12,3	10,5	15,8	10,7	10,6	14,7
Letzte 12 Monate	23,5	13,9	15,8	19,0	13,3	13,3	20,4	19,2
Letzte 3 Monate	20,0	11,4	18,5	18,6	24,3	12,4	15,3	14,4
Ausgangsmonat (1976)	Juli	August	Juni	Mai	Mai	Juni	Juni	August
				Geldmenge einschl. Quasigeld (M_2) [3] Jahresanstieg in v. H. [2]				
Letzte 36 Monate	15,6	5,4	16,4	21,3	20,6	13,3	15,0	15,3
Letzte 12 Monate	24,4	2,8	18,7	20,9	22,0	14,1	8,1	9,2
Letzte 3 Monate	22,9	7,9	20,6	20,9	25,5	15,0	10,7	10,3
Ausgangsmonat (1976)	Juli	August	Juni	Mai	Mai	Juni	Juni	August
				Bankkredite an den privaten Sektor Jahresanstieg in v. H. [4]				
Dezember 1973	15,4	9,6	18,2	22,9	27,7	15,1	22,6	38,4
Dezember 1974	7,0	6,5	16,9	15,5	22,4	13,5	17,9	18,3
Juni 1975	8,8	4,1	14,5	8,6	15,6	11,2	15,8	7,3
Dezember 1975	14,3	4,6	13,9	16,3	17,1	13,8	12,2	0,7
Letzter verf. Mon. 1976	16,5	8,8	13,6	16,4	21,7		13,3	5,3
				Kurzfristige Zinssätze [5]				
1973 IV		11,3	11,2	14,3	7,9	7,1	8,2	9,6
1974 IV		8,3	12,5	12,2	17,4	9,2	7,1	7,8
1975 I		5,6	10,2	14,3	13,5	5,3	6,4	8,8
II		5,0	7,8	16,6	10,7	4,5	2,3	8,1
III		3,4	7,1	12,0	9,6	4,8	1,4	8,8
IV		3,5	6,6	12,2	8,5	4,1	4,4	10,5
1976 I		3,5	7,1	9,6	10,8	5,7	3,0	8,7
II		3,6	7,5	9,7		7,1	3,9	9,0
Juli		4,5	8,3			7,1	5,2	10,5
August		4,2				10,3	7,8	9,3
September							8,7	
				Langfristige Zinssätze [6]				
1973 IV	11,4	9,7	9,7	13,1	7,4	7,7	8,4	11,9
1974 IV	14,9	10,5	11,5	16,2	11,2	9,0	9,5	16,6
1975 X	12,8	9,1	11,4	14,2	10,7	9,0	8,9	14,7
II	12,8	8,6	11,0	13,8	10,7	8,4	8,6	14,3
III	12,6	8,6	10,7	13,5	10,5	8,2	8,9	13,9
IV	13,2	8,7	10,9	14,5	10,5	8,5	8,8	14,8
1976 I	14,1	8,1	10,7	13,9	10,9	8,8	8,4	13,7
II	14,8	8,1	10,8	14,1	12,2	9,2	8,8	13,8
Juli	14,7	8,4	11,0		12,5	8,9	9,6	14,2
August	15,5	8,3				8,8		14,3
September		8,1				9,2		14,8

[1] Bargeldumlauf und Sichtguthaben
[2] Veränderung gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, Durchschnitt der Monate
[3] Vereinigtes Königreich, Irland: M 3
[4] Veränderung gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat
[5] Tagesgeldsatz, Durchschnitt der Periode
[6] Durchschnitt der Periode
Quelle: SAEG und nationale Statistiken